# RUNDBRIEF

PDS SOZIALE

BEFREIUNG

Gemeinden: "Zentrale Frage von Demokratisierung, Sozialem, Wirtschaftspolitik und Ökologie"

# Kommunalpolitische Themen rücken ins Blickfeld

Aus der PDS Thüringen

## Alternative Kommunalpolitik

Zur Vorbereitung der 2. Beratung des Landesparteitages — Thema: Alternative Kommunalpolitik — beschließt der Landesvorstand:

- 1. Die Diskussion und Vorbereitung wird in die inhaltlichen Richtungen geführt.
- a) Fortsetzung der theoretisch-analytisch angelegten Arbeit der Projektgruppe "Alternative Kommunalpolitik" mit dem Ziel, zum Landesparteitag erste Ergebnisse und Wertungen vorzulegen.
- b) Auflistung der brennendsten Sachfragen, die im nächsten Parlamentsjahr auf die Kommunen zukommen, und Erarbeitung eines Planes der außerparlamentarischen und parlamentarischen Arbeit zu den Schwerpunktproblemen.

Dazu ergeht besonders an die Projektgruppen "Wohnen/Mieten" und "Arbeitsplätze" sowie an die Arbeitsgruppen "Wirtschaft", "Soziales", "Landwirtschaft, Entwicklung ländlicher Raum", "Ökologie" und "Bildung" der Auftrag bzw. die Bitte, in Abstimmung mit dem Kommunalpolitischen Forum bis zum 15. Juni 1995 konkrete Vorschläge zu erarbeiten.

- c) Auseinandersetzung mit der Frage, was unter "alternativer Kommunalpolitik" zu verstehen ist.
- 2. In gemeinsamer Verantwortung von Landesvorstand, Landtagsfraktion und Kommunalpoli-

#### Projekt "Alternative Kommunalpolitik" — Grobriß

Zum Anliegen: Eines der größten gesellschaftlichen Probleme der Gegenwart ist, daß sich die Reproduktionskreisläufe zunehmend unüberschaubar gestalten. Sie entziehen sich den gegebenen Regularien und gesellschaftlicher Kontrolle. Jenseits ökologischer und sozialer Erfordernisse führen sie ein anarchisches Eigenleben, das sich als System entfremdeter Mächte darstellt und massenhaft Ohnmacht von Menschen gegenüber ihren eigenen Beziehungen, Verhältnissen und Lebensgrundlagen produziert.

Als Grundvoraussetzung für alternative Politik, die im Wesen darauf hinausläuft, Zukunft und Menschenwürde gleichermaßen zuzulassen, ergibt sich, daß wir uns die Realität wieder aneigenen. Aus unserer erklärten Meinung, daß die Gesellschaft sich jenseits zentralistischer Strukturen von unten her neu gestalten muß, ergibt sich weiterhin, daß ein Schwerpunkt der Wiederaneignung von Realität in den Kreisläufen und Beziehungen relativ kleiner überschaubarer Regionen liegen muß.

Mit dem Projekt "Alternative Kommunalpolitik" soll versucht werden, am Modellfall eines konkreten Landkreises auf der Grundlage möglichst komplexer Faktenerhebung und Analyse Vorschläge zu unterbreiten, die Wege zu einem Gewinn an Arbeitsplätzen, Demokratie, Umwelterhaltung und sozialer Sicherheit beinhalten.

tischem Forum e.V. findet am 10.6.1995 in Suhl der Kommunalpolitische Tag der PDS statt. Gegenstand sind Art und Weise und Themen der Zusammenarbeit von Kreisvorständen und kommunalen Fraktionen bzw. Abgeordneten. Dazu werden die Kreisvorsitzenden eingeladen und in der Beratung der Kreisvorsitzenden am 13.5.1995 ausdrücklich geworben.

- 3. Der Landesvorstand verfolgt das Ziel, vom Landesparteitag einen Antrag an den Bundesparteitag beschließen zu lassen, der auf konkrete Verantwortlichkeiten von Landes- und Bundespolitikern der PDS für kommunale Belange, auf praktische außerparlamentarische Aktionen im Interesse von Kommunen und auf einen Politikansatz gerichtet ist, der Kommunen als zentrale Frage von Demokratisierung, Sozialem, Wirtschaftsentwicklung, Ökologischem sieht.
- 4. Entsprechende Leit- und Beschlußanträge werden unter Verantwortung von Edda Seifert und Heide Wildauer bis zur Vorstandssitzung September vorgelegt.

Arbeitsgrundlage für den Landesvorstand der PDS Thüringen zur Vorbereitung des Landesparteitages, vorgelegt von Edda Seifert, Stellvertr. Landesvorsitzende der PDS Thüringen, Heide Wildauer, PDS-Abgeordnete, Thüringer Landtag.

Dabei ist beabsichtigtes Ziel, vor allem auf selbstregelnde Ordnungsprinzipien zurückzugreifen und administrativ strukturierende Lösungswege möglichst nicht, höchstens jedoch für sehr eng begrenzte Übergangszeiträume zu erlauben.

Das Projekt wird längerfristig zu bearbeiten sein. Arbeitsmethodisch verfolgt es den Anspruch, aus dem Zusammenführen von Kompetenzen der verschiedenen politischen Ebenen sowie von verschiedenen Arbeitsgebieten (Umwelt, Kommunales, Wirtschaft, Soziales ...) neben Koordinierungs- und Vernetzungseffekten auch Synergieeffekte zu erzielen.

Gegenstand der vorzunehmenden Analyse ist der Landkreis Gotha. Schwerpunkte sind:

- \* die Sozialstruktur des Kreises nach Alter, Erwerbstätigkeit und Einkommen,
- das Verhältnis von privatem Verbrauch und Ergebnissen in Landwirtschaft, Dienstleistung, Handwerk, Gewerbe und Industrie des Kreises,
- \* die Wohnungssituation im Zusammenhang mit Baugewerbe, -handwerk und Baustoffherstellung,
- \* die Güter- und Personenverkehrsströme,
- \* der Energieverbrauch, die Energiequellen und alternative Möglichkeiten,
- \* Zusammenhänge von Steuerstruktur, öffentlichen Haushalten und kommunalen Handlungsspielräumen
- \* der Bedarf und die Realität humanitärer Dienstleistungen.

Seminar "Unternehmen Stadt"

## Kommunalverwaltung zwischen Geld und Solidarität

VON ULRICH JÄCKEL

45 Teilnehmer diskutierten am 8./9. April in Schnepfenthal (Thüringen) über die derzeitigen Reformbestrebungen der kommunalen Verwaltungen. Unter Schlagworten wie "Unternehmen Stadt", "schlanke Verwaltung" wird in Hunderten von Städten und Gemeinden die Verwaltung umorganisiert. In der Diskussion schälten sich folgende Schwerpunkte heraus:

Den meisten "Reformmodellen", "Pilotprojekten" etc. ist die Abkehr von der herkömmlichen Steuerung der Verwaltung durch die kameralistische Haushaltsführung zugunsten der Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsmittel wie doppelter Buchführung (Doppik), Budgetierung, Controlling etc. gemeinsam. Dem kritischen Betrachter stellt sich dabei eine Reihe von Problemen dar: Zum einen werden diese Umstrukturierungen generell im Zusammenhang von Haushaltssanierungsprogrammen durchgeführt, so daß vielfach gekürzte Budgets die Grundlage für die neuerworbene "Freiheit" der Verwaltungsglieder bei der Erfüllung ihrer Aufgaben sind. Zum anderen wird das konkrete Verwaltungshandeln in zweifacher Hinsicht von der Ebene der politischen Verantwortung getrennt, indem die Verantwortung für die Konkretisierung der Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen auf die Verwaltungebene delegiert wird und die politische Kontrolle der Verwaltung weiter erschwert wird. Die Rufe nach mehr "Sachverstand" und "professioneller Kontrolle" stehen meist im Gegensatz zu den Vorstellungen von Demokratisierung und mehr Transparenz des Verwaltungshandelns, wie sie von uns angestrebt werden.

Die Leistungen der Verwaltung werden zunehmend wirtschaftlichen Kriterien unterworfen, wo nicht mehr die politisch festgelegten Aufgaben, sondern das Verhältnis von Aufwand und Ertrag darüber entscheidet, was die Verwaltung tut oder läßt. Damit wird der Boden bereitet für umfassende Privatisierungen, mit denen öffentliche Leistungen vollends in Waren verwandelt werden, die nur noch der erhält, der sie bezahlen kann. Diese Tendenz wird bereits heute an der Verschiebung der kommunalen Einnahmen weg von den Steuern, insbesondere der Gewerbesteuer, zugunsten der rapiden Steigerung der Gebühren bis hin zur Kostendeckung sichtbar.

Auf der Ebene der Beschäftigten stellt die Umorganisation der Verwaltung sich dar als Entlastung der oberen Hierarchieebene zu Lasten der unteren. Die unteren Verwaltungsebenen bekommen zu den wachsenden inhaltlichen Problemen (z.B. an Schulen und im Sozialbereich), mit denen sie konfron-

 $Fortsetzung \, Seite \, 2$ 

#### INHALT

Kommunalpolitische Themen rücken ins Blickfeld	
PDS Thüringen: Alternative Kommunalpolitik	
Verwaltung zwischen Geld und Solidarität	
Starker schlanker Staat — Linke Alternativen?	
Betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente.	4

Thesen zur Kritik der Privatisierung Hintergrund Berufsbeamtentum	
1.	

#### Linke Schule Schnenfenthal

zimic schuie semiepienimi	
Konzept der PDS für die ländlichen Räume	8
Bericht aus der Diskussion der AG Geschichte 1	ι(
AG Philosophie: Person, Gemeinwesen, Recht 1	Ľ
AG Geschichte: Preußen-Diskussion	12

G Wirtschaft: Lean production u.a	12
AG Europastrategien: Ostexpansion der EU	12

#### Aus der Diskussion der PDS

Deutschland fünf Jahre vor der	
Jahrtausendwende	1
Die PDS, der lila Faden und der Feminismus	1
Rahmenstruktur der AG LISA	1

tiert werden, zusätzlich die Verantwortung für die Budgetverwaltung, für die sie nicht qualifiziert worden sind. Die Verheißungen von Motivationssteigerung durch Dezentralisierung der Verantwortung verkehren sich unter den gegebenen Bedingungen häufig in ihr Gegenteil.

Ein Blick auf die Entwicklung der staatstheoretischen Diskussion, insbesondere von neokonservativer Seite, zeigt, daß hier gerade Positionen angegriffen werden, die aus dem Grundgesetz allgemeine staatliche Leistungen für alle Bürger ableiten. Damit wird von dieser Seite massiv die Legitimationsgrundlage für den Sozialstaatskompromiß angegriffen. Zudem wird deutlich, daß die reale Entwicklung der Staatstätigkeit für die Besitzlosen sich in zunehmender Bürokratisierung, Verrechtlichung und Überwachung äußert. Demgegenüber können sich die Agenten von Wirtschaft, Technik und Wissenschaft, wie z.B. die international agierenden Konzerne, einer staatlichen Kontrolle und Steuerung immer stärker entziehen. Vielmehr geraten sie in eine Lage, in der sie den staatlichen Gebietskörperschaften gegenüber durch die Drohung mit Produktionsverlagerung und damit Arbeitsplätzeabbau "Verhandlungsmacht" erlangen.

Dementsprechend kreiste ein großer Teil der Diskussion um die Frage, wie die Linke gegen diese zunehmend übermächtigen Tendenzen eine Stärkung der auf gesellschaftlicher Solidarität und sozialen Ausgleich gerichteten Kräfte bewirken kann. Dabei nahmen die Stichworte Selbsthilfe, Selbstorganisation und Bürgermitwirkung großen Raum ein. Die Organisation und Kommunikation derjenigen, die bereits heute von den staatlichen Leistungen ausgegrenzt werden, wird neben dem Einwirken auf die Verwaltung über Parteien und Öffentlichkeit zur Erhaltung sozialstaatlicher Errungenschaften zunehmende Bedeutung erlangen.

#### Neokonservative Offensive rollt

## Starker schlanker Staat statt Sozialstaat — Welche Alternativen hat die Linke?

VON ULRICH JÄCKEL

Dieser Beitrag soll einige Aspekte der staatstheoretischen Diskussion beleuchten, vor deren Hintergrund die Umgestaltung der staatlichen Verwaltungsapparate unter Schlagworten wie "lean government" oder "Kommune als Konzern" in Gang gesetzt wird. Der Angriff neokonservativer Politik und Strategie auf sozialstaatliche Positionen unter dem Druck verminderter Wachstumsraten und verschärfter globaler Konkurrenz der Konzerne und Finanzkapitale trifft auf die schwindende Gegenwehr derjenigen, die meinen, den Staat als Instrument zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit benutzen zu können. Linke Konzeptionen zur gesellschaftlichen Gegenwehr ohne Rückgriff auf staatliche Machtorgane befinden sich erst im Anfangsstadium der Diskussion. Kritik der Angriffe der Reaktion und Verteidigung sozialstaatlicher Errungenschaften müssen mit der Entwicklung emanzipatorischer Strategien zur Selbstorganisation der Massen

#### Konservative Staatstheorie: vom "totalen Staat" über den "Staat der Industriegesellschaft" zum "starken, schlanken Staat"

Carl Schmitt und Ernst Forsthoff gehörten 1933 zu denjenigen, die die faschistische Machtübernahme begrüßten. Als Mitstreiter der "konservativen Revolution" sahen sie in der Errichtung des "totalen Staats" (Forsthoff) die Rettung vor der Gefährdung bürgerlicher Herrschaft durch den "Ausnahmezustand" der Klassenkämpfe und des Parteienstreits der Weimarer Republik, die sich im Gefolge der Weltwirtschaftskrise verschärften. Zur Legitimation dieses Staates griffen sie auf einen mystifizierten Volksbegriff zurück, in dem analog zur Nazi-Ideologie die unterschiedlichen Interessen der bürgerlichen Gesellschaft vermeintlich verschwänden. Carl Schmitt setzt das "Volk" als eine Einheit voraus, "die unmittelbar, nicht erst durch soziale Grup-

penorganisation vermittelt, handlungsfähig ist, die ihren Willen zum Ausdruck bringen kann und sich im entscheidenden Augenblick auch über die pluralistischen Zerteilungen hinweg zusammenfinden und Geltung verschaffen soll." Forsthoff bezeichnete den Staat als "die Form der politischen Existenz des Volkes," die nicht untergehen dürfe.<sup>2</sup>

Wie bekannt ist, ist dieser Staat vor nunmehr fast fünfzig Jahren von den antifaschistischen Alliierten zerschlagen worden. Unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Prosperität der Nachkriegszeit sah Forsthoff, erneut zum führenden Verwaltungswissenschaftler der Bundesrepublik avanciert, die Stabilität der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaft durch die "Industriegesellschaft" gewährleistet, die durch Vollbeschäftigung und Steigerung des Sozialproduktes aus sich selbst heraus genügend integrative Kräfte entbinde. "Vor diesen Stichworten werden Klassengegensätze und das ganze aus der sozialen Realisation entnommene Vokabular gegenstandslos."<sup>3</sup> Zugleich kann er sich von dem von ihm mitgeprägten Begriff des totalen Staates distanzieren, da dieser eine auf Mißbrauch des Staates durch eine totale Bewegung beruhende Entartung sei. Heute bewirke vielmehr der sich um seiner selbst willen reproduzierende technische Prozeß mit seinen Sachzwängen die Stabilisierung des Staates.

In dem Maße, wie auch die keynesianische Stabilisierungspolitik der Sozialdemokratie die ökonomischen Voraussetzungen für die scheinbare Wirksamkeit des Modells der "Industriegesellschaft" nicht mehr gewährleisten konnte, wandte sich die konservative Staatsdiskussion wieder der Frage nach der Brauchbarkeit alter Theoreme zu. Gesponsort von Konzernen, z.B. insbesondere durch die Carl Friedrich von Siemens-Stiftung, wurde und wird die akademische Rechte mobilisiert, um z.B. die "Tabuierung" der "Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols" oder des Sozialstaats "mit seinem ganzen Kranz von Mythen und Empfindlichkeiten" zu beseitigen. 4 So befaßte man sich 1978 unter dem Titel Der Ernstfall mit den Erfordernissen des Ausnahmezustands. In den achtziger Jahren setzte eine Renaissance der Befassung mit dem Werk Carl Schmitts ein, der in seinem Buch Der Begriff des Politischen die Unterscheidung zwischen Freund und Feind als fundamentale Grundlage politischer Handlungen und Motive bezeichnet hatte. Dabei wird die Tendenz deutlich, das Werk dieses Staatstheoretikers umfassend zu rehabilitieren.5 Indem dessen Eintreten für den nationalsozialistischen Staat zu einer nebensächlichen Fehlleistung herabgestuft wird, wird seine Theorie, die auf die Rechtfertigung und Begründung eines starken, über der Gesellschaft stehenden Staates in Anlehnung an den Leviathan des Th. Hobbes zielt, wieder gesellschaftsfähig gemacht.

Nicht zufällig beteiligen sich die Protagonisten dieser Schmitt-Renaissance denn auch an der Herstellung zeitgemäßer Feindbilder: Helmut Quaritsch, Herausgeber eines Sammelbandes über Carl Schmitt<sup>6</sup>, ist seit Beginn der achtziger Jahre einer der intellektuellen Wegbereiter des Angriffs auf das Asylrecht: "Seit seinem Vortrag in der Carl Friedrich von Siemens-Stiftung am 24. Februar 1981 über das Thema "Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland?" beschäftigt ihn die "Ausländerfrage", das für ihn wichtigste innenpolitische Problem der nächsten 30 Jahre." In zahlreichen Publikationen bereitete er den Boden für die faktische Abschaffung des Asylrechts mit vor.

Ein Schwerpunkt bei dem Angriff der Neokonservativen auf den Sozialstaatskompromiß, der sich in der Nachkriegszeit und der Periode der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung herausgebildet hatte, liegt im Angriff auf die Elemente der Verfassung, die über die Festlegung der Staatsstruktur und der Grundrechte als subjektiv-rechtlicher Abwehrrechte des Bürgers im Verhältnis zum Staat die Grundrechte als objektive Grundsatznormen für die Gestaltung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausweisen. Dieser Angriff zielt auf die über die Grundrechte vermittelte Legitimation sowohl sozialer Ausgleichsleistungen des Staates wie auch der Regulierung der wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen, die im steigenden Maße externe Folgekosten und andere gravierende Auswirkungen auf grundrechtlich verbürgte Güter haben. Diese Interpretation der Grundrechte hatte bereits Forsthoff 1959 kritisiert: "Sie verwandelt einen ganzen Komplex von wichtigen Verfassungsnormen aus reinen Freiheitsverbürgungen in Pflichten enthaltende Rechtssätze ... Das bedeutet verfassungspolitisch

die Umdeutung der Grundrechte in wesentlich sozial determinierte Pflichtbindungen unter weitgehender Eliminierung ihres liberalen Gehalts."7 Während Forsthoff angesichts der sozialen Entwicklung vor dieser Tendenz resignierte, wird — wiederum unter der Fahne der Siemens-Stiftung - in den achtziger Jahren erneut dagegen zu Felde gezogen. So wettert Josef Isensee, Mitherausgeber eines renommierten Handbuchs des Staatsrechts: "Wo Geldnot besteht, gibt die Verfassung den Subventionstitel. Wo Orientierungsnot herrscht, bietet sie Richtung. Wo Sinnbedarf waltet, gibt sie Sinn. (...) Kein Interesse, das hier nicht Bestätigung, kein Besitzstand, der hier nicht Sicherheit, kein Reformplan, der hier nicht Schubkraft suchte."8 1989 hält der Verfassungsrichter Böckenförde einen Vortrag vor der Siemens-Stiftung, der in der objektivrechtlichen Auslegung der Grundrechte die Ursache für die Entwicklung vom "parlamentarischen Gesetzgebungsstaat zum Verfassungsgerichtlichen Jurisdiktionsstaat" beklagt.9 Isensee ist optimistisch: "Die Wiederentdeckung des Staates ist also im Gange. Freigelegt werden Strukturen, die den modernen Staat als Friedens- und Handlungseinheit bilden. Es handelt sich um ein Strukturmodell aus der philosophischen Werkstatt von Thomas Hobbes . . .

Zur Begründung eines solchen über der Gesellschaft stehenden Staates wird von rechtskonservativen Ideologen auch wieder zunehmend auf die Rechtsphilosophie Hegels zurückgegriffen. Der Bochumer Politologe und Aktivist der nationalkonservativen Szene, Bernhard Willms, schreibt z.B.: "Wenn der Staat die Wirklichkeit der sittlichen Idee, d.h. die konkrete Wirklichkeit der Freiheit ist, dann ist die Notwendigkeit von Grundrechten des einzelnen in dieser Idee aufgehoben." Entsprechend liegt für ihn "eine Infragestellung der liberalen Grundrechtsfetischisierung ... durchaus nahe". Er frohlockt, "... was man im deutschen Denken noch mit Hegel machen könnte, wenn anders man sich denn entschlossen dazu verstehen könnte, ihn und den Idealismus zur Sache unserer nationalen Identität zu machen"<sup>11</sup>. Bereits Marx hatte die Hegelsche Rechtsphilosophie kritisiert, die das Verhältnis von Gesellschaft und Staat auf den Kopf stellt: "Familie und bürgerliche Gesellschaft machen sich selbst. zum Staat. Sie sind das Treibende. Nach Hegel dagegen sind sie getan von der wirklichen Idee; es ist nicht ihr eigener Lebenslauf, der sie zum Staat vereint, sondern es ist der Lebenslauf der Idee, der sie von sich diszerniert hat; und zwar sind sie die Endlichkeit dieser Idee: sie verdanken ihr Dasein einem anderen Geist als dem ihrigen, sie sind von einem Dritten gesetzte Bestimmungen, keine Selbstbestimmungen; deswegen werden sie auch als die "Endlichkeit', als die eigene Endlichkeit der "wirklichen Idee' bestimmt."12 Der rechte Flügel der deutschen Staatsrechtslehre hat stets diese Positionen zur Rechtfertigung einer "moralischen Priorität des Staates gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft", eines "Vorrangs des Ganzen gegenüber seinen Teilen" benutzt, was schon Ernst Cassirer als "Mythos des Staates", als Vergottung des Staates bezeichnet

#### Die soziale Realität: die Vergesellschaftung des Staates

Alle neueren Forschungen über die Rolle des Staates im Verhältnis zu den sozialen, wirtschaftlichen Entwicklungen kommen zu dem Ergebnis, "daß ein verfassungstheoretisches Konzept, in dem die Gesellschaft von der politischen Ordnung und diese wiederum von einem einheitlichen, (Rechts-)Befehle erteilenden Subjekt (der Nation) her gedacht wird, in den Strukturen der gegenwärtigen Gesellschaft keine Entsprechung mehr hat."14 Vielmehr sind Begriffe wie Verwaltungsstaat, intervenierender Sozialstaat, Leistungsverwaltung, soziale und wirtschaftliche Steuerung und Planung, regulative Politik, Politikverflechtung sowie kooperativer Staat und Neokorporatismus Ausdruck davon, daß die Staatstätigkeit heute mit so vielfältigen gesellschaftlichen Vorgängen verknüpft ist, daß diese unmöglich quasi von einem "über der Gesellschaft stehenden" Machtapparat gelenkt werden kann.

#### Das Dilemma des "industriegesellschaftlich-sozialstaatlichen Legitimismus"

Die Verteidiger des Sozialstaatskompromisses begründen die Ausweitung der staatlichen Tätigkeit tiert werden, zusätzlich die Verantwortung für die Budgetverwaltung, für die sie nicht qualifiziert worden sind. Die Verheißungen von Motivationssteigerung durch Dezentralisierung der Verantwortung verkehren sich unter den gegebenen Bedingungen häufig in ihr Gegenteil.

Ein Blick auf die Entwicklung der staatstheoretischen Diskussion, insbesondere von neokonservativer Seite, zeigt, daß hier gerade Positionen angegriffen werden, die aus dem Grundgesetz allgemeine staatliche Leistungen für alle Bürger ableiten. Damit wird von dieser Seite massiv die Legitimationsgrundlage für den Sozialstaatskompromiß angegriffen. Zudem wird deutlich, daß die reale Entwicklung der Staatstätigkeit für die Besitzlosen sich in zunehmender Bürokratisierung, Verrechtlichung und Überwachung äußert. Demgegenüber können sich die Agenten von Wirtschaft, Technik und Wissenschaft, wie z.B. die international agierenden Konzerne, einer staatlichen Kontrolle und Steuerung immer stärker entziehen. Vielmehr geraten sie in eine Lage, in der sie den staatlichen Gebietskörperschaften gegenüber durch die Drohung mit Produktionsverlagerung und damit Arbeitsplätzeabbau "Verhandlungsmacht" erlangen.

Dementsprechend kreiste ein großer Teil der Diskussion um die Frage, wie die Linke gegen diese zunehmend übermächtigen Tendenzen eine Stärkung der auf gesellschaftlicher Solidarität und sozialen Ausgleich gerichteten Kräfte bewirken kann. Dabei nahmen die Stichworte Selbsthilfe, Selbstorganisation und Bürgermitwirkung großen Raum ein. Die Organisation und Kommunikation derjenigen, die bereits heute von den staatlichen Leistungen ausgegrenzt werden, wird neben dem Einwirken auf die Verwaltung über Parteien und Öffentlichkeit zur Erhaltung sozialstaatlicher Errungenschaften zunehmende Bedeutung erlangen.

#### Neokonservative Offensive rollt

## Starker schlanker Staat statt Sozialstaat — Welche Alternativen hat die Linke?

VON ULRICH JÄCKEL

Dieser Beitrag soll einige Aspekte der staatstheoretischen Diskussion beleuchten, vor deren Hintergrund die Umgestaltung der staatlichen Verwaltungsapparate unter Schlagworten wie "lean government" oder "Kommune als Konzern" in Gang gesetzt wird. Der Angriff neokonservativer Politik und Strategie auf sozialstaatliche Positionen unter dem Druck verminderter Wachstumsraten und verschärfter globaler Konkurrenz der Konzerne und Finanzkapitale trifft auf die schwindende Gegenwehr derjenigen, die meinen, den Staat als Instrument zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit benutzen zu können. Linke Konzeptionen zur gesellschaftlichen Gegenwehr ohne Rückgriff auf staatliche Machtorgane befinden sich erst im Anfangsstadium der Diskussion. Kritik der Angriffe der Reaktion und Verteidigung sozialstaatlicher Errungenschaften müssen mit der Entwicklung emanzipatorischer Strategien zur Selbstorganisation der Massen verbunden werden.

#### Konservative Staatstheorie: vom "totalen Staat" über den "Staat der Industriegesellschaft" zum "starken, schlanken Staat"

Carl Schmitt und Ernst Forsthoff gehörten 1933 zu denjenigen, die die faschistische Machtübernahme begrüßten. Als Mitstreiter der "konservativen Revolution" sahen sie in der Errichtung des "totalen Staats" (Forsthoff) die Rettung vor der Gefährdung bürgerlicher Herrschaft durch den "Ausnahmezustand" der Klassenkämpfe und des Parteienstreits der Weimarer Republik, die sich im Gefolge der Weltwirtschaftskrise verschärften. Zur Legitimation dieses Staates griffen sie auf einen mystifizierten Volksbegriff zurück, in dem analog zur Nazi-Ideologie die unterschiedlichen Interessen der bürgerlichen Gesellschaft vermeintlich verschwänden. Carl Schmitt setzt das "Volk" als eine Einheit voraus, "die unmittelbar, nicht erst durch soziale Grup-

penorganisation vermittelt, handlungsfähig ist, die ihren Willen zum Ausdruck bringen kann und sich im entscheidenden Augenblick auch über die pluralistischen Zerteilungen hinweg zusammenfinden und Geltung verschaffen soll." Forsthoff bezeichnete den Staat als "die Form der politischen Existenz des Volkes," die nicht untergehen dürfe.²

Wie bekannt ist, ist dieser Staat vor nunmehr fast fünfzig Jahren von den antifaschistischen Alliierten zerschlagen worden. Unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Prosperität der Nachkriegszeit sah Forsthoff, erneut zum führenden Verwaltungswissenschaftler der Bundesrepublik avanciert, die Stabilität der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaft durch die "Industriegesellschaft" gewährleistet, die durch Vollbeschäftigung und Steigerung des Sozialproduktes aus sich selbst heraus genügend integrative Kräfte entbinde. "Vor diesen Stichworten werden Klassengegensätze und das ganze aus der sozialen Realisation entnommene Vokabular gegenstandslos."3 Zugleich kann er sich von dem von ihm mitgeprägten Begriff des totalen Staates distanzieren, da dieser eine auf Mißbrauch des Staates durch eine totale Bewegung beruhende Entartung sei. Heute bewirke vielmehr der sich um seiner selbst willen reproduzierende technische Prozeß mit seinen Sachzwängen die Stabilisierung des Staates.

In dem Maße, wie auch die keynesianische Stabilisierungspolitik der Sozialdemokratie die ökonomischen Voraussetzungen für die scheinbare Wirksamkeit des Modells der "Industriegesellschaft" nicht mehr gewährleisten konnte, wandte sich die konservative Staatsdiskussion wieder der Frage nach der Brauchbarkeit alter Theoreme zu. Gesponsort von Konzernen, z.B. insbesondere durch die Carl Friedrich von Siemens-Stiftung, wurde und wird die akademische Rechte mobilisiert, um z.B. die "Tabuierung" der "Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols" oder des Sozialstaats "mit seinem ganzen Kranz von Mythen und Empfindlichkeiten" zu beseitigen.4 So befaßte man sich 1978 unter dem Titel Der Ernstfall mit den Erfordernissen des Ausnahmezustands. In den achtziger Jahren setzte eine Renaissance der Befassung mit dem Werk Carl Schmitts ein, der in seinem Buch Der Begriff des Politischen die Unterscheidung zwischen Freund und Feind als fundamentale Grundlage politischer Handlungen und Motive bezeichnet hatte. Dabei wird die Tendenz deutlich, das Werk dieses Staatstheoretikers umfassend zu rehabilitieren.5 Indem dessen Eintreten für den nationalsozialistischen Staat zu einer nebensächlichen Fehlleistung herabgestuft wird, wird seine Theorie, die auf die Rechtfertigung und Begründung eines starken, über der Gesellschaft stehenden Staates in Anlehnung an den Leviathan des Th. Hobbes zielt, wieder gesellschaftsfähig gemacht.

Nicht zufällig beteiligen sich die Protagonisten dieser Schmitt-Renaissance denn auch an der Herstellung zeitgemäßer Feindbilder: Helmut Quaritsch, Herausgeber eines Sammelbandes über Carl Schmitt<sup>6</sup>, ist seit Beginn der achtziger Jahre einer der intellektuellen Wegbereiter des Angriffs auf das Asylrecht: "Seit seinem Vortrag in der Carl Friedrich von Siemens-Stiftung am 24. Februar 1981 über das Thema "Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland?' beschäftigt ihn die "Ausländerfrage", das für ihn wichtigste innenpolitische Problem der nächsten 30 Jahre." In zahlreichen Publikationen bereitete er den Boden für die faktische Abschaffung des Asylrechts mit vor.

Ein Schwerpunkt bei dem Angriff der Neokonservativen auf den Sozialstaatskompromiß, der sich in der Nachkriegszeit und der Periode der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung herausgebildet hatte, liegt im Angriff auf die Elemente der Verfassung, die über die Festlegung der Staatsstruktur und der Grundrechte als subjektiv-rechtlicher Abwehrrechte des Bürgers im Verhältnis zum Staat die Grundrechte als objektive Grundsatznormen für die Gestaltung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausweisen. Dieser Angriff zielt auf die über die Grundrechte vermittelte Legitimation sowohl sozialer Ausgleichsleistungen des Staates wie auch der Regulierung der wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen, die im steigenden Maße externe Folgekosten und andere gravierende Auswirkungen auf grundrechtlich verbürgte Güter haben. Diese Interpretation der Grundrechte hatte bereits Forsthoff 1959 kritisiert: "Sie verwandelt einen ganzen Komplex von wichtigen Verfassungsnormen aus reinen Freiheitsverbürgungen in Pflichten enthaltende Rechtssätze ... Das bedeutet verfassungspolitisch

die Umdeutung der Grundrechte in wesentlich sozial determinierte Pflichtbindungen unter weitgehender Eliminierung ihres liberalen Gehalts."? Während Forsthoff angesichts der sozialen Entwicklung vor dieser Tendenz resignierte, wird - wiederum unter der Fahne der Siemens-Stiftung - in den achtziger Jahren erneut dagegen zu Felde gezogen. So wettert Josef Isensee, Mitherausgeber eines renommierten Handbuchs des Staatsrechts: "Wo Geldnot besteht, gibt die Verfassung den Subventionstitel. Wo Orientierungsnot herrscht, bietet sie Richtung. Wo Sinnbedarf waltet, gibt sie Sinn. (...) Kein Interesse, das hier nicht Bestätigung, kein Besitzstand, der hier nicht Sicherheit, kein Reformplan, der hier nicht Schubkraft suchte"<sup>8</sup> 1989 hält der Verfassungsrichter Böckenförde einen Vortrag vor der Siemens-Stiftung, der in der objektivrechtlichen Auslegung der Grundrechte die Ursache für die Entwicklung vom "parlamentarischen Gesetzgebungsstaat zum Verfassungsgerichtlichen Jurisdiktionsstaat" beklagt.9 Isensee ist optimistisch: "Die Wiederentdeckung des Staates ist also im Gange. Freigelegt werden Strukturen, die den modernen Staat als Friedens- und Handlungseinheit bilden. Es handelt sich um ein Strukturmodell aus der philosophischen Werkstatt von Thomas Hobbes . . .

Zur Begründung eines solchen über der Gesellschaft stehenden Staates wird von rechtskonservativen Ideologen auch wieder zunehmend auf die Rechtsphilosophie Hegels zurückgegriffen. Der Bochumer Politologe und Aktivist der nationalkonservativen Szene, Bernhard Willms, schreibt z.B.: "Wenn der Staat die Wirklichkeit der sittlichen Idee, d.h. die konkrete Wirklichkeit der Freiheit ist, dann ist die Notwendigkeit von Grundrechten des einzelnen in dieser Idee aufgehoben." Entsprechend liegt für ihn "eine Infragestellung der liberalen Grundrechtsfetischisierung ... durchaus nahe". Er frohlockt, "... was man im deutschen Denken noch mit Hegel machen könnte, wenn anders man sich denn entschlossen dazu verstehen könnte, ihn und den Idealismus zur Sache unserer nationalen Identität zu machen"<sup>11</sup>. Bereits Marx hatte die Hegelsche Rechtsphilosophie kritisiert, die das Verhältnis von Gesellschaft und Staat auf den Kopf stellt: "Familie und bürgerliche Gesellschaft machen sich selbst zum Staat. Sie sind das Treibende. Nach Hegel dagegen sind sie getan von der wirklichen Idee; es ist nicht ihr eigener Lebenslauf, der sie zum Staat vereint, sondern es ist der Lebenslauf der Idee, der sie von sich diszerniert hat; und zwar sind sie die Endlichkeit dieser Idee; sie verdanken ihr Dasein einem anderen Geist als dem ihrigen, sie sind von einem Dritten gesetzte Bestimmungen, keine Selbstbestimmungen; deswegen werden sie auch als die Endlichkeit', als die eigene Endlichkeit der wirklichen Idee' bestimmt."12 Der rechte Flügel der deutschen Staatsrechtslehre hat stets diese Positionen zur Rechtfertigung einer "moralischen Priorität des Staates gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft", eines "Vorrangs des Ganzen gegenüber seinen Teilen" benutzt, was schon Ernst Cassirer als "Mythos des Staates", als Vergottung des Staates bezeichnet

#### Die soziale Realität: die Vergesellschaftung des Staates

Alle neueren Forschungen über die Rolle des Staates im Verhältnis zu den sozialen, wirtschaftlichen Entwicklungen kommen zu dem Ergebnis, "daß ein verfassungstheoretisches Konzept, in dem die Gesellschaft von der politischen Ordnung und diese wiederum von einem einheitlichen, (Rechts-)Befehle erteilenden Subjekt (der Nation) her gedacht wird, in den Strukturen der gegenwärtigen Gesellschaft keine Entsprechung mehr hat."14 Vielmehr sind Begriffe wie Verwaltungsstaat, intervenierender Sozialstaat, Leistungsverwaltung, soziale und wirtschaftliche Steuerung und Planung, regulative Politik, Politikverflechtung sowie kooperativer Staat und Neokorporatismus Ausdruck davon, daß die Staatstätigkeit heute mit so vielfältigen gesellschaftlichen Vorgängen verknüpft ist, daß diese unmöglich quasi von einem "über der Gesellschaft stehenden" Machtapparat gelenkt werden kann.

#### Das Dilemma des "industriegesellschaftlich-sozialstaatlichen Legitimismus"

Die Verteidiger des Sozialstaatskompromisses begründen die Ausweitung der staatlichen Tätigkeit

litik institutionelle Formen geben muß, um längerfristig wirksam zu sein. Diese müssen sich aber den herrschenden ökonomischen und politischen Formen entziehen - von selbstbestimmten und selbstorganisierten Arbeitszusammenhängen bis hin zu Netzwerken einer 'autonomen' Öffentlichkeit jenseits von Staat und Kapital, von politische Zusammenhängen unabhängig von Parteien und Staat. In einer solchen Struktur können Verständigungsprozesse stattfinden, durch die möglich werden könnte. die verstreuten sozialen Proteste und gesellschaftlichen Experimente zu einer gesellschaftsverändernden Kraft zu bündeln. Ziel ist nicht das Schaffen sozialer Ghettos: Die Auseinandersetzung mit den herrschenden Institutionen, mit dem Ziel, sie zu verändern, bleibt unverzichtbar. Das politische Handeln darf darin jedoch nicht aufgehen. Diese Vorstellungen gehen auch nicht in der Stärkung 'zivilgesellschaftlicher' Strukturen auf. "Faktisch agieren in der demokratischen Öffentlichkeit wie auch im Gewebe der 'privaten' Institutionen der Zivilgesellschaft vorrangig professionelle Intellektuelle, die damit die Existenz der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, des Verhältnisses von Intellektuellen und Subalternen, von "Führern" und "Geführten" dokumentieren und organisieren.... Die für die bürgerliche Gesellschaft prägenden Arbeitsteilungsund Führungsverhältnisse aufzuheben, hieße letztlich auch, die Zivilgesellschaft aufzuheben." Ziel ist, die Fähigkeit sozialer Akteure zur eigenen Gestaltung ihrer Lebensbedingungen nach Maßgabe ihrer Reflexionspotentiale zu fördern.

- 1 Carl Schmitt, Der Hüter der Verfassung, Tübingen 1931, S. 159
- 2 Ernst Forsthoff, Der totale Staat, Hamburg 1933, S.31
- 3 ders., Der Staat der Industriegesellschaft, München 1971, S. 164
- 4 Armin Mohler, Vorwort zu Wirklichkeit als Tabu, Schriften der C.F.v. Siemens Stiftung, München 1986, S.7f.
- 5 Thomas Vesting, Erosionen staatlicher Herrschaft, in: Archiv des öffentl. Rechts 117/1992, S. 4ff.
- $6 \quad \textit{Wirklichkeit als Tabu} \ (\texttt{Fn. 4}), \ \texttt{S.277}$
- 7 Ernst Forsthoff, Die Umbildung des Verfassungsgesetzes, in: ders., Rechtsstaat im Wandel, 2.Aufl. München 1976, S. 141
- 8 Josef Isensee, Die Verfassung als Vaterland, in: Wirklichkeit als Tabu, (Fn. 4), S.26
- 9 Ernst Wolfgang Böckenförde, Zur Lage der Grundrechtsdogmatik nach 40 Jahren Grundgesetz, München 1990
- 10 Isensee (Fn. 8), S. 30
- 11 Bernhard Willms, Widergänger oder Widerlager? Zum aktuellen Umgang mit Hegels Rechtsphilosophie, in: *Der Staat* 3/88, S. 428 f.
- 12 Karl Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, MEW Bd.1, S. 207
- 13 vgl. Armin Adam, Souveränität und Sittlichkeit, in: Der Staat 3/94, S. 395ff.
- 14 Thomas Vesting, a.a.O. (Fn.5), S.44
- 15 Vgl. Dieter Grimm, Die Zukunft der Verfassung, Ffm., 2. Aufl. 1994, S.414ff.
- 16 Jürgen Habermas, Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: Die neue Unübersichtlichkeit, Ffm. 1985, S. 151
- 17 entf.
- 18 Ernst Rudolf Huber, Vorsorge für das Dasein, in: Festschrift für Ernst Forsthoff, München 1972, S. 159
- 19 Ludwig v. Stein, *Die Verwaltungslehre*, zit. nach Huber, a. a. O. (Fn. 18)
- 20 K. Naumann, Modell deutscher Möglichkeiten? in: Blätter für dt. und int. Politik 7/85, S. 859f.
- 21 F.W.Scharpf, Politische Steuerung und politische Institutionen, PVS 30, S. 10-21, zit. n. Jörg-Michael Vogl, Paradigmenwechsel in der Staatsdiskussion, in: Das Argument 206/1994, S. 612
- 22 Niklas Luhmann, Politische Steuerung, PVS 30, S.4-9, Zit. nach Vogl, a.a.O., S.613
- 23 Jürgen Habermas, a. a. O. (Fn. 16), S. 153
- 24 Jürgen Habermas, a.a. O., S. 159f.
- 25 Josef Esser, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Von den "Krisen der Regulation" zum "radikalen Reformismus", in: Esser, Görg, Hirsch,(Hrsg.), Politik, Institutionen und Staat, Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg 1994, S. 226

"Unternehmen Stadt?"

## Betriebswirtschaftliche "Steuerungsinstrumente" in der öffentlichen Verwaltung

VON ANTJE STEFFENS

Eine "Revolution von unten", nämlich von den Kommunen aus, sei in den öffentlichen Verwaltungen im Gange, schreibt ein Professor der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Sehr beliebt ist auch der Ausdruck, ein Wechsel des Paradigma habe stattgefunden. An die Stelle des bürokratischen Verwaltungsapparates in der Kommune, der noch aus dem 19. Jht. stamme, trete der öffentliche Dienstleistungsbetrieb. Mit den Worten eines G. Banner, Verwaltungswissenschaftler und Funktionär der KGSt, wird dazu eine scheindemokratische Untermalung geschaffen:

"Übermächtige Kräfte drängen unsere Kommunalverwaltung auf den Weg des neuen Paradigmas. "Dienstleistungsunternehmen": Die Bürger fordern von ihrer Kommunalverwaltung mehr, vor allem aber kostengünstige und qualitätvolle, das heißt empfängerorientierte Leistungen, bei deren Gestaltung sie zunehmend mitsprechen möchten. Die Kommunalpolitiker machen sich diese Forderung zu eigen. Auch unter den Mitarbeitern wächst die Unzufriedenheit mit einer Verwaltung, die sie zu austauschbaren Teilen einer Apparatur macht und die Einhaltung von Regeln höher belohnt als die Zufriedenheit der Leistungsabnehmer." (G. Banner, Neue Trends im kommunalen Management; in: VOP 1/1994, S. 6)

Weil es also Kritik von den Bürgern an der Kommunalverwaltung gibt, sollen sich die Kommunen zu Dienstleistungsunternehmen umwandeln, in denen ein modernes, effizientes und kundenorientiertes Management mit der herrschenden Bürokratie Schluß machen wird.

Daß diese Forderungen gegenüber den Kommunen vorhanden sind, wissen wir nur zu gut. Was die Verwaltungsmanager an den Modellstädten Tilburg, Offenbach oder Phönix/Arizona am meisten faszinierte, sind aber die radikalen Spareffekte, die mit den "Unternehmens"modellen einhergangen sind. Sowohl Tilburg als auch Offenbach waren hochverschuldete Städte, in denen sich in wenigen Jahren rote Zahlen verabschiedeten. Es wird auch keineswegs geleugnet, daß die zunehmenden Haushaltsdefizite in den Städten und Gemeinden entscheidender Auslöser für die "Revolution" in den öffentlichen Verwaltungen sind.

Mein Eindruck ist, daß

- 1. bei der Umsetzung in die Praxis und bei genauerem Hinsehen mehr eine Neuauflage der Haushaltskonsolidierungen stattfindet, also alter Wein in neuen Schläuchen:
- 2. neu vor allem die Überlegungen sind, wie die in den Kommunen erprobten Verfahren auch in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltungen eingesetzt werden können;
- 3. wenig Widerstand in den Gewerkschaften und in Personalräten vorhanden ist, daß die Beschäftigten kaum ausreichend informiert werden, geschweige denn an Veränderungen beteiligt sind. Es gibt Ausnahmen (z.B. die Rahmenvereinbarung in Erfurt), aber die Personalvertretungen und Gewerkschaften zeigen sich zu positiv.

Erfreulicherweise gibt es auch unter den Fachleuten einige, die nicht mit wehenden Fahnen, auf denen "value for money" steht, durch die Gegend laufen, sondern sich zumindestens etwas kritischer mit dem Gegenstand auseinandersetzen. Es gibt eine Unmenge von Ausdrücken und Begriffen, mit denen umschrieben wird, was z.Zt. in den Kommunen stattfindet. Als Einstieg in die Diskussion sollen hier einige wenige "Steuerungsinstrumente" vorgestellt werden.

#### **Budgetierung und Haushaltsrecht**

Zunächst geht es bei der Budgetierung darum, Entscheidungen über Einzelausgaben und -einnahmen auf der Ebene der Fachabteilungen oder Ämter zu dezentralisieren. Während in den gegenwärtig hauptsächlich betriebenen Haushaltsverfahren die Kameralistik herrscht, sollte nach Ansicht vieler Verwaltungsrechtler die doppelte Buchführung zu-

nehmend eingeführt werden. Zwar ist schon im Rahmen der Kameralistik möglich, die Haushaltskontrolle von der reinen Ordnungsmäßigkeitsprüfung - Einnahmen gegen Ausgaben aufrechnen — zur Erfolgskontrolle auszuweiten, z.B. indem Kosten nach "Tätigkeitsgebieten" erfaßt und die Ausgaben mit "output-indikationen" verglichen werden. Weil dieses Verfahren aber noch umständlicher und aufwendiger wäre als die doppelte Buchführung, soll diese die Kameralistik wenn nicht ersetzen, so doch zumindestens ergänzen. Anders als die kameralistische Buchführung unterscheidet die Doppik finanzwirksame und erfolgswirksame Zahlungsströme. Jede durch einen "Geschäftsvorfall" ausgelöste Buchung berührt mindestens zwei Konten. Sie soll damit nicht nur kurzfristige Steuerungsinformationen, sondern auch langfristige zum Vermögens- und Kapitalerhalt liefern.

Bei der Globalbudgetierung wird die sächliche und zeitliche Zweckbindung der Mittel im Haushaltsplan aufgehoben. Abgesehen von den Kommunen, wird dieses Verfahren offenbar auch an hessischen und nordrhein-westfälischen Hochschulen angewendet. In den Kommunen wird Globalbudgetierung entweder für Pilotprojekte wie z.B. einzelne Ämter oder wie in Flensburg für die Sachausgaben bestimmter Bereiche eingeführt, in der Regel mit einer "globalen" Kürzung verbunden. Im staatlichen Bereich, d.h. bei Landesbehörden und der Bundesverwaltung, tut sich diese Reform noch sehr schwer, was daran liegen soll, daß die reine Ordnungsverwaltung nicht so einfach mit einem Dienstleistungsbetrieb zu vergleichen ist, zum anderen liege es an den Hemmnissen im Haushaltsrecht. Im Falle der Hochschulen hat man sich mit einer sehr flexiblen Auslegung des Haushaltsrechts beholfen, bei den Kommunen gibt es entweder schon "Experimentierklauseln", oder das Budgetierungsverfahren läuft sozusagen unter wohlwollender Begutach-

tung der Kommunalaufsicht. Ein besonders perfides Verfahren ist das "Zero base budgeting". Dabei geht es darum, daß sämtli-che Aktivitäten einer Verwaltungseinheit "from zero base" neu begründet werden müssen, so als ob diese Einheit komplett neu einzurichten wäre. In einem mehrstufigen Verfahren werden drei Leistungsniveaus geplant, wobei eines ein Minimalniveau ist, das die Erfüllung der Aufgaben gerade eben noch erlaubt, das Ist-Niveau, welches bei existierenden und weiter wahrzunehmenden Aufgaben den Istzustand darstellt, und das Soll-Niveau, welches das anzustrebende Leistungsniveau beschreibt. Auf allen Stufen müssen Lösungsmöglichkeiten und alternative Verfahren gesucht werden. Es ist klar, daß bei dem Zero base budgeting auf jeden Fall eine Leistungsveränderung , eher noch Leistungskürzung herauskommen muß und damit Kosteneinsparungen (mittelfristig 10 bis 20%).

#### Controlling

Controlling ist ein Prozeß zur Überwachung und Steuerung der Realisierung von Plänen. Versucht wird, das Verwaltungshandeln auch kostenmäßig zu erfassen, also z.B. was kostet in der Kommune B ein Führerschein. Dann werden alle Ausgaben der entsprechenden Behörde sowie ihre Einnahmen und die verschiedenen Leistungen, Tätigkeiten usw. gegenübergestellt, möglicherweise unterschiedlich gewichtet. Werden nun Veränderungen innerhalb dieser Behörde vorgenommen, die eine Erhöhung der jährlich ausgestellten Führerscheine oder anderer Leistungen ermöglichen oder die die Kosten bei gleichgebliebener Menge senken, z.B. bei den Verwaltungsgemeinkosten oder bei den Löhnen etc., dann wird dies als positives Zeichen gewertet. Das Ganze darf man sich nun nicht nur auf der Ebene von zwei Faktoren, die sich verändern, vorstellen, sondern es sind mehrere, und v.a. müssen die gewonnenen Informationen zeitlich viel dichter liegen als mit einem Jahresabstand.

Denkbar ist auch, sogenannte produktbezogene Leistungen und Kosten nicht nur quantitativ über Stückzahlen und Mengengerüst zu beschreiben und im Haushaltsplan darzustellen, sondern sie mittelfristig mit Hilfe von Qualitätsnormen systematisch und nachprüfbar weiterzuentwickeln, durch Kennzahlen zu Wartezeiten, Bearbeitungsdauer, Widerspruchsquote, Ergebnisse von Kundenbefragungen etc. Damit wären auch gleichzeitig die Informationen verfügbar, um einen "interkommunalen Vergleich" herzustellen. Wenn die Kommune B es schafft, einen Führerschein zum Preis von z.B. 25

DM bei einer Bearbeitungszeit von 2,7 Min. und einer Wartezeit von 10-15 Minuten herauszugeben. dann sollte die Kommune A mit einem Preis von 34 DM, 20 Minuten Wartezeit und 4 Minuten Bearbeitungsdauer sich doch einmal anstrengen.

Zweifelsohne lassen sich über Controlling Informationen über den Fortgang des "Prozesses" gewinnen. Diese Informationen haben jedoch alle eines gemeinsam: Sie schüren die Konkurrenz, einerseits zwischen den Gemeinden, andererseits zwischen verschiedenen Abteilungen, Ämtern oder Betrieben der Kommune, und nicht zuletzt unter den Beschäftigten, gegen die sich in jedem Fall das höhere oder bessere Leistungsergebnis anderer richten wird. Daß dabei wie sonst auch üblich Birnen mit Äpfeln verglichen werden, kann man sich ausmalen.

#### Mitarbeitermotivation und Qualifikation

Kaum jemand äußert sich zu dem Thema "Unternehmensstruktur" in öffentlichen Verwaltungen oder "Schlanker Staat", ohne auf den Gesichtspunkt des Personals einzugehen. Gefordert werden mehr Flexibilität, mehr Engagement und Leistung. Für die Beschäftigten sollen Schulungen und Qualifikationsmaßnahmen durchgeführt werden. Z.T. hört es sich so an, als ob das "New Management" eine Befreiung der Beschäftigten von ihrem Alltagstrott bietet, der Arbeitsplatz werde interessanter, komme dem Bedürfnis nach Entfaltung der Persönlichkeit entgegen usw.

Ziemlich eindeutig hat sich zu diesem Thema Prof. Rürup von der TH Darmstadt auf der 3. Privatisierungstagung ausgelassen. Zunächst zu den Beamten: Rürup rechnet vor, daß bei wirtschaftlicher Betrachtung die Beamten keineswegs billigere Arbeitskräfte in den Kommunen seien, was bei der doppischen Buchführung deutlich würde, dadurch, daß Pensionsrückstellungen im Jahre des Einsatzes eines Beamten gebucht werden müßten. Zum anderen sieht er in den besoldungsrechtlichen Bestimmungen für Beamte die größten Schwierigkeiten für die Einführung leistungssteigernder "Motivations-

Bei den Angestellten weist er auf die Möglichkeit der übertariflichen Zahlung hin. Als diskutierte Modelle, die in jedem Fall eine Änderung der tariflichen Festlegung erfordern, führt er z.B. den Schweizer Kanton Thurgau an, wo der Lohn aus Grundlohn, Erfahrungsanteil und Leistungsanteil zusammengesetzt ist.

Ein Beispiel aus der BRD ist die Stadt Köln. Dort wurde ein erfolgsorientiertes Prämiensystem eingeführt. Außerhalb der üblichen Dienstzeiten wird dort zusätzliche Arbeit geleistet, die nicht nach Zeit, sondern nach Ergebnis bezahlt wird (z.B. Bearbeitung von Bauanträgen). Die zusätzlichen Personalkosten aufgrund dieser Prämien belief sich auf 300000 DM, die Gebühreneinnahmen durch diese zusätzliche Arbeit brachte der Stadt aber 1,2 Mio. DM ein, was der Stadt ein sattes Plus von 900000 DM bescherte. Und, die Bearbeitungszeiten von Bauanträgen konnten noch verkürzt werden. Da lacht das Herz des Verwaltungsmanagers.

Ein weiteres Modell kommt aus der "Arbeitsrechtlichen Vereinigung Deutschland", das auch wiederum eine grundlegende Veränderung des BAT-Manteltarif beinhaltet: Es solle eine "Jahres-Brutto-Gesamtleistung" gebildet werden, die auf einem zeitbezogenen und andererseits einem leistungsbezogenen Teil beruht, wobei als Bewertungsmerkmale für die Qualität folgendes herangezogen werden sollte:

- Engagement und Kollegialität
- zügige Arbeitserledigung
- Führungsverhalten
- Beitrag zum Markterfolg
- Termingenauigkeit
- Richtigkeit des Arbeitsergebnisses

Aus dem Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes kam der weitergehende Vorschlag, daß "eine Prämie für Mehrleistungen umgekehrt begrifflich auch einen Abschlag bei Minderleistungen voraussetzt". Prof. Rürup konkretisiert: "Dieser Weg erfordert die Festsetzung durchschnittlicher Leistungen für die unterschiedlichen Arbeiten. Dabei würde für die durchschnittliche Erfüllung dieser Aufgabe das durchschnittliche Gehalt gezahlt, wobei entsprechend geringe Leistungen Abschläge, bessere Leistungen Zuschläge erfahren würden. Dabei müßte sich die ganz überwiegende Mehrheit der Mitarbeiter im durchschnittlichen Bereich der Leistung bewegen, die deutlich oberhalb bzw. unterhalb des praktisch ermittelten Durchschnittes liegen, könnten auch über- bzw. unterdurchschnittlich entlohnt werden. Die Tarifverträge müßten also insofern geändert werden, als die festgesetzten Tariflöhne und -gehälter keine Mindestzahlungen mehr wären, sondern Durchschnittszahlungen." ( Prof. Dr. B. Rürup, Die Reform der öffentlichen Verwaltung - nur durch Privatisierung?, in: Dokumentation der 3. Privatisierungstagung "Schlanker Staat — Schlanke Kommunen — Schlanke Unternehmen; veröffentlicht vom Frankfurter Institut, Gilde, AGP u.a.)

In Offenbach, der Stadt des Innovationsmodells schlechthin, wurde ganz offen eine "Mehrarbeitszulage" eingeführt, die sich zwei Beschäftigte teilen können, wenn sie einen dritten überflüssig machen. In diesem Zusammenhang wird kritisch oft die "Olympia-Mannschaft" angeführt, d.h. die individuell weniger leistungsfähigen, die älteren, behinderten oder sonst gehandicapten Menschen werden aus dem öffentlichen Dienst gedrängt. Durch die Verlagerung der Kompetenz nach unten (dezentrale Ressourcenkompetenz) sind es entweder die Amtsleiter oder auch höher qualifizierte Beschäftigte, die diesen unangenehmen Job für die Verwaltungsspitze erledigen. Und die politische Vertretung der Kommune ist ganz aus der Verantwortung für den Abbau von Arbeitsplätzen heraus.

Die ÖTV hat kritisch darauf hingewiesen, daß der falsche Eindruck erweckt werden soll, im öffentlichen Dienst müsse eine leistungsbezogene Bezahlung erst eingeführt werden, während tatsächlich das Tarifsystem eine Fülle von Zulagen und Zuschlägen enthält, die sich an bestimmten Belastungen und Erschwernissen orientieren, außerdem sind die Vergütungsordnungen detailliert nach geforderten Qualifikationen, Tätigkeitsmerkmalen und Verantwortungsbereichen gestaffelt. Neu ist nicht die Orientierung an Leistungsfähigkeit und Qualifikation der Beschäftigten, sondern ihre Bindung an ein positives Betriebsergebnis der entsprechenden Wirtschaftsunternehmen. Neu ist auch, daß mit dieser Form der Bezahlung die Auseinandersetzung zwischen den Beschäftigten um die Erhöhung der Arbeitsleistung neben der bestehenden betrieblichen Hierarchie forciert wird. Eine Entsolidarisierung wäre die Folge. Die gesellschaftlich Schwachen und Benachteiligten sollen nicht nur als Leistungsempfänger, sondern als Dienstleistende in der Gemeinde diskriminiert werden.

#### Optimierte Regiebetriebe und Eigenbetriebe

Ein weiteres Instrument der Einführung betriebswirtschaftlicher Methoden in den Kommunen ist die Wahl der Betriebsform. Stargardt hat dazu eine Systematik aufgestellt:

a) der Verwaltungsbetrieb, entspricht den klassischen Ämtern, Dezernaten oder Referaten auf der Ebene der Landesverwaltung. Die diesen Verwaltungsgliederungen zugeordneten Beschäftigten ha-



ben sehr begrenzte Handlungs- und Entscheidungsfreiräume, sie sind voll in die Haushalts- und Finanzwirtschaft der Kommune integriert.

b) Soziokulturelle Anstalten sind z.B. Theater. Museen, Schulen, Bäder, Jugend- und Altentreffs. Kindertagesstätten. Sie haben partielle Entscheidungsfreiheit, sind meistens nicht kostendeckend.

c) Regiebetriebe sind zwar eng in den Verwaltungsaufbau integriert und rechtlich, organisatorisch sowie haushalts- und finanzwirtschaftlich abhängig. Im Unterschied zu den Eigenbetrieben, die im weiteren noch erwähnt werden, haben sie keine eigenen Organe und im Prinzip auch keine eigene Rechnungsführung. Klassische Regiebetriebe sind die Einrichtungen, die zwischen  $75\,\%$  und  $105\,\%$  Kostendeckungsgrade erreichen, d.h. Straßenreinigung, Schlachthöfe, Bestattungswesen, Abfallentsorgung.

Das Interesse der Streiter für Unternehmensstrukturen in der Kommune wurde mit dem optimierten Regiebetrieb in Duisburg geweckt. Dort wurde das Amt 70, Amt für Stadtentsorgung und Wasserwirtschaft, der Stadt Duisburg neu gebildet. Der Amtsleitung untersteht jetzt ein Amtsbereich Finanzen und Verwaltung mit den Unterabteilungen Finanzen und Datenverarbeitung sowie Personal, Zentrale Verwaltung und Recht sowie ein weiterer Amtsbereich Technik und Betriebe, der sich in die Unterabteilungen Abwasser, Abfall und Wertstoffe, Stadtreinigung sowie Zentrale Betriebseinrichtungen gliedert. Als Vorgabe legte der Rat fest, daß die Erträge für den Stadthaushalt dauerhaft gesichert werden müßten, die Steuerungsmöglichkeiten für die Verwaltungsspitze weitestgehend gesichert werden müßte, daß die umweltpolitischen Zielvorstellungen der Stadt erfüllt werden und alle Reorganisationsansätze sozialpolitisch verträglich sein müßten. Interessant ist auch, daß es vorher eine externe Organisationsuntersuchung gegeben hatte, bei der herauskam, daß die privatrechtlichen Betriebsformen, also GmbH, AG oder Betreibergesellschaft, zu "gravierenden Verschlechterungen, insbesondere des Verwaltungshaushaltes, oder zu erheblichen Gebührenerhöhungen führen.

Der Vergleich Regiebetrieb zu Eigenbetrieb fiel eindeutig zugunsten des Regiebetriebes aus, da dieser die besten Wirkungen auf den Verwaltungshaushalt hat ... Der Eigenbetrieb hätte allenfalls den Vorteil, den Investitionsbereich mit Hilfe der kalkulatorischen Finanzmittel besser zu lösen." (zit. nach H. J. Stargardt, Kommunale Verwaltungsorganisation im Umbau, *DVP* 12/93, S. 463-476)

d) Eigenbetriebe sind sozusagen die öffentliche Betriebsform, die die weitestgehende Verselbständigung aufweisen. Sie haben eigene Organe (Werksleitung), sind vermögensmäßig, rechnungsmäßig und personalmäßig gegenüber der Kommune insoweit verselbständigt, als sie einen gesonderten Vermögens- und Wirtschaftsplan sowie einen eigenen Stellenplan führen. Sie sind jedoch rechtlich unselbständig und auf die vom Gesetz- oder Verordnungsgeber bzw. vom Gemeinderat zugewiesenen Aufgaben beschränkt. Die laufenden Geschäfte sowie die Vertretung nach außen obliegen dem Werkleiter. Sie haben die Pflicht zur doppelten Buchführung. Die Bundesländer haben in Eigenbetriebsgesetzen oder -verordnungen die Rahmenbedingungen festgelegt.

Als Kritik an der "Flucht ins Privatrecht", die bei den Gemeinden und Städten v.a. bei Eigenbetrieben verstärkt zu beobachten ist, führt der oben bereits erwähnte H.J. Stargardt die wesentliche Unterscheidung zwischen Privatmann und Kommune an. Einerseits haben die Kommunen in Art. 28 Abs. 2 und GG grundsätzlich Organisationshoheit, sie können ihre Angelegenheiten in eigener Regie regeln, wozu auch die Wahl verschiedener Betriebsformen zählt. Dem sind jedoch Grenzen gesetzt. "Die rechtlichen Grenzen auf der 'Flucht ins Privatrecht' sind spätestens dort überschritten, wo sich Gemeinden und Kreise mit privatrechtlichen Organisationsformen (z.B. GmbH, AG) bemänteln, um dem öffentlichrechtlichen Regime von öffentlicher Aufgabenerfüllung zu entgehen, oder dort, wo sie mit dem Griff zu den Mitteln und Formen des privaten Rechtsverkehrs (z.B. privatrechtlichen Vertrag) glauben, sich unter Berufung auf eine vermeintliche Privatautonomie öffentlichrechtlichen Handlungsgrenzen (insbesondere der Grundrechtsbindung aus Art. 1 Abs. 3 GG) entziehen zu können." Für juristische Personen des öffentlichen Rechts trete nämlich an die Stelle der Privatautonomie, damit der Vertragsfreiheit, das sog. Verwaltungsprivatrecht. Dies bedeutet, daß für Gemeinden und Kreise zwar grundsätzlich die Möglichkeit besteht, sich des Privatrechts zu bedienen, sie dies aber nur im Rahmen ihrer öffentlichrechtlichen Bindungen, insbesondere der Grundrechtsbindungen tun dürfen.

Die Freiheit der Betriebsformenwahl der Gemeinden wird aber auch durch Kommunalverfassungsrecht und das kommunale Haushaltsrecht eingeschränkt, in der Weise, daß es zur Pflicht gemacht wird, die rechtlich unselbständigen wirtschaftlichen Unternehmen als Eigenbetriebe zu führen.

Die Bundesländer haben in Eigenbetriebsgesetzen oder -verordnungen z.B. die innere Struktur festgelegt, festgelegt, daß die Eigenbetriebe einen Ertrag für den Haushalt der Kommunen erwirtschaften sollen und daß sie so geführt werden müssen, daß der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Von der Eigenbetriebspflicht ausgenommen sind i.d.R. in Negativkatalogen aufgezählte nichtunternehmerische Anstalten. Diese können, müssen aber nicht als Eigenbetriebe geführt werden.

Die Bundesregierung sieht offenbar auch auf diesem Gebiet Handlungsbedarf. So führte der Bundesminister für Wirtschaft auf der 1. Privatisierungstagung vom 5./6.10.93 in Berlin an:

"Bei den Gemeinden ist ein bedeutendes Privatisierungspotential, insbesondere im Bereich der Energie- und Versorgungsbetriebe, vorhanden. Wer daran festhält, einen Großteil der Bereiche kommunaler Daseinsvorsorge als öffentliches Monopol zu reklamieren, läßt ökonomische Entwicklungspotentiale brachliegen. In der Elektrizitäts-, Gas- Wasserund Abfallwirtschaft, aber auch im öffentlichen Personennahverkehr sollten daher alle sich bietenden Privatisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden. (...) Außerdem prüft der Bund derzeit, wie das Haushaltsrecht privatisierungsfreundlicher ausgestaltet werden kann. Es ist ein Gebot des für alle öffentlichen Körperschaften geltenden Wirtschaftlichkeitsprinzips, Private überall dort zum Zuge kommen zu lassen, wo sie Aufgaben besser oder ebenso gut erfüllen können wie staatliche Stellen.

Als insgesamt gelungenes Innovationsmodell wird immer die Stadt Offenbach vorgeführt. Bei einer Ausgangssituation von einem bis 1993 auf 219 Mio. DM aufsummierten Haushaltsdefizit sowie einer weiter prognostizierten Verschuldung von jährlich 40 Mio. DM setzte der OB die Zielmarke ziemlich hoch: bis 1994 Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung, Beginn des Abbaus alter Defizite, mittelfristig die Erwirtschaftung des gesamten Zins- und Tilgungsdienstes aus dem Verwaltungshaushalt, Umwandlung der Stadtverwaltung in einen "modernen Dienstleistungsbetrieb". Gestützt von einer großen Koalition aus Christdemokraten und SPD wurden u.a. folgende "Instrumente" eingesetzt:

- Verkauf aller städtischer Liegenschaften,
- Auflösung von Rücklagen,
- Trennung von "unrentablen" Gesellschaftsbeteiligungen,
- Schaffung eines Amtes für Wirtschaftsförderung und gemeinsame Stadtentwicklungsplanung mit der Stadt Frankfurt,
- großzügige Umwandlung städtischer Einrichtungen in Eigenbetriebe,
- Aufgabenkritik,
- Abbau von 325 der 2520 Stellen innerhalb von 5 Jahren ("Verschlankung").

Als typische Steuerungsinstrumente des "public new management" fehlen nicht die Schulung von 200 Verwaltungsangestellten zu "Verwaltungsmanager/ innen", die Einrichtung einer Controlling-Stelle sowie die Durchführung von Organisationsuntersuchungen durch externe Beraterfirmen.

Die Offenbacher Eigenbetriebe müssen innerhalb von zwei Jahren ihre "Wettbewerbsfähigkeit" gegenüber privaten Firmen nachweisen, sonst werden sie privatisiert. Sie unterliegen einer permanenten Erfolgskontrolle. Geschlossen wurden drei von vier städtischen Schwimmbädern, zwei von neun Jugendzentren, eine Stadtteilbibliothek und das Theater. Das Kulturangebot der Stadt Offenbach richtet sich mehr an die gutsituierten Mittelschichten. deren Mobilitätserfordernissen soll durch einen S-Bahn-Anschluß nach Frankfurt Rechnung getragen werden. Während die einen künftig zum Musical nach Offenbach, zum Ballett nach Wiesbaden und nach Frankfurt in die Oper fahren können, bleibt für die anderen nur das soziale Aus: eine Schule für Lernschwache mit besonders kleinen Klassen wurde aufgelöst, ihre Schüler auf andere Schulen umverteilt, weil das 3000 qm große Gelände an Investoren verkauft werden sollte.

Thesen

## Zur Kritik der Privatisierung

#### VON KURT HÖLLWARTH

1. Privatisierung verwandelt öffentliche Leistungen in marktfähige Waren. Die Folgen sind erwünscht: Zahlungskräftige Nachfrage bestimmt die Verteilung (a), der Markt reguliert nicht nur das "Ob" (b), sondern auch das "Wie" (c) ihrer Produktion. Die private Rechtsform des Leistungserstellung verdrängt den öffentlich-rechtlichen (in aller Regel einklagbaren) Leistungsanspruch des Bürgers gegen den Staat und ersetzt ihn durch den freien Vertrag zwischen Verkäufer und Käufer (d). Und schließlich (e): Politische Bestimmmungen von "Preis" und Qualität des Produkts werden ersetzt durch die Regularien des Warenmarkts und die allgemeinen Regeln des Kaufrechts.

a) Der Bundesminister des Inneren feiert das Vordringen privater Sicherheitsdienste im Bereich öffentlicher Sicherheit (Streifendienst in Wohngebieten) als Erfolg freiheitlicher Staatlichkeit, deren Bürger mit ihrem Portemonnaie in mündiger Selbstbestimmung entschieden, was ihnen persönliche Sicherheit wert sei. Was "Gute Polizey", im Sinne einer jedenfalls dem Anspruch nach für alle garantierten, funktionierenden öffentlichen Verwaltung, war, wird käufliches Angebot für eine mehr oder weniger breite Schicht Besitzender.

b) Vor allem im Bereich kommunaler Kulturangebote (im weitesten Sinne) nimmt gegenwärtig die Kritik an dem Ersatz von "Kulturpolitik" durch "Erlebnis-Management" zu. Die Theaterprivatisierung benötigt keine Zensur, um bestimmte Kulturangebote verschwinden zu lassen. So klagen die noch nicht privatisierten drei baden-württembergischen Landestheater (einst als provinzielles Gegengewicht zur schwäbischen Theater-Metropole Stuttgart erfunden und gefördert) über ministerielle Kürzungen, die ihnen einen marktgängigen Spielplan (mehr Musical und Operette) aufzwingen sollen, damit in absehbarer Zeit privatisiert werden kann. Wenn nicht, dann droht die Schließung.

c) Wie sich Privatisierung auf die "Produktion" bislang öffentlicher Leistungen auswirkt, ist zum Teil Gegenstand des Beitrags, der sich mit der Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungs- und Führungsmodelle in der öffentlichen Verwaltung beschäftigt (siehe ebenfalls diese Ausgabe). Die Führung einer Stadt "als Konzern", "lean government" und ähnliches, ist ja nichts anderes, als so zu tun, als ob. Darüber hinaus sind aber eine Reihe tatsächlicher Auswirkungen auf die Beschäftigungsverhältnisse in den Kommunen genauer zu untersuchen, wenn tatsächlich privatisiert wird. Die wirksamen Mechanismen (Tarifflucht, Zerschlagung betrieblicher Interessenvertretungen, Verschlechterung des Kündigungsschutzes etc.) sind vielfältig und wirken doppelt: zu Lasten der Masse der Beschäftigten und zugleich gegen die Nutzer. Diese arbeitsrechtlichen Bedingungen in Verbindung mit Verlust an politischer Kontrolle stärken bürokratische Hierarchien, statt sie abzubauen.

d) Öffentliche Leistungserbringung geschieht auf Grundlage der Ermächtigung des parlamentarischen Gesetzgebers und - in der Kommune - der politischen Entscheidungen des gewählten Rats. Auch wenn nicht direkt gesetzliche Normierungen subjektiv einklagbarer Rechtsansprüche bestehen, unterliegt öffentliche Verwaltung immer und unmittelbar den grundrechtlichen Beschränkungen und Garantien. Gleichbehandlung, Minderheitenschutz, Diskriminierungsverbote, Sozialstaatsgebot und Rechtsstaatsprinzip waren bislang die rechtlichen Einfallstore, die (in beschränktem Rahmen) die Durchsetzung der Interessen der nicht-besitzenden Klassen auch im Bereich kommunaler Leistungen ermöglicht haben. Allein der grundrechtlich verbürgte Begründungszwang etwa bei der Ablehnung beanspruchter Leistungen gab Ansatzpunkte für politisches Handeln. Privatisierung macht Schluß mit alledem. Privatrecht ist durch die Grundrechte praktisch nicht beschränkt. Kein privater Anbieter etwa von Weiterbildungskursen könnte gezwungen werden, Deutsch-Kurse für Türken anzubieten, kein privater Schwimmbadbetreiber zu Sondertarifen für Arbeitslose, und kein Hauseigentümer muß begründen, warum er seine Wohnung nicht an eine Alleinerziehende vermieten will.

e) Bereits heute fließen in erheblichem Umfang vor allem im Bereich der Gebühren und Abgaben durch entsprechende Reformen des Kommunalabgabenrechts, erzwungen von Bundes- und Landesregierungen, betriebswirtschaftliche Kalkulationsgesichtspunkte ein (fiktive Verzinsung des "Eigenkapitals", Kostendeckungs-Soll, "kalkulatorische Abschreibung" etc). Gleichwohl bleibt ein nicht ganz unerhebliches Ermessen der Gemeinden, Angebote kostenlos oder jedenfalls mehr oder weniger subventioniert zu erbringen und Gebühren und Entgelte nach sozialer Leistungsfähigkeit zu differenzieren. Das private (Gesellschafts-)Recht verbietet solche "politischen Preise". Der Geschäftsführer einer Wohnungsbaugesellschaft, der Wohnungen billiger abgibt, als der Markt erlaubt, macht sich persönlich schadensersatzpflichtig.

Privatisierung zerschlägt den "Querverbund" öffentlicher Daseinsvorsorge auf Gemeindebene, weil sie die Priorität isolierter Unternehmensziele erzwingt. Ein Beispiel: Im früher kommunalen Kreiskrankenhaus in Lörrach wurde in der Kinderklinik ein sozialpädiatrisches Zentrum aufgebaut, das sich vor allem um die außerschulische Betreuung psychosomatisch erkrankter Kinder gekümmert hatte. Die Kosten dafür waren und sind über die Pflegesätze der Kassen nicht gedeckt, was einen zusätzlichen Zuschußbedarf durch die beteiligten Kommunen und Kreise von rund 1,1 Millionen DM im Jahr zur Folge hatte. Mit der (Teil-)Privatisierung des Krankenhauses vor vier Jahren wurde das Zentrum als defizitäres Kostenloch entdeckt und geschlossen. Widerstand aus den Gemeindeparlamenten war mangels Einwirkungsmöglichkeiten erfolglos. Folge: Die Sonderschulrate stieg in den letzten Jahren bis heute um 23%. Eine Kritik, die mit den zu erwartenden "hohen sozialen Folgekosten" aufrechnet, greift zu kurz, weil diese Folgekosten nicht eintreten werden: Man wird in Zukunft diese Kinder einfach verkommen lassen. Keine Kostenstatistik wird sie erfassen.

2. Zu einem erheblichen Teil bedeutet Privatisierung kommunaler Einrichtungen nichts anderes als Versilberung von Gemeindevermögen, ganz unabhängig davon, ob damit von der jeweiligen Verwaltungsspitze bzw. der jeweiligen Ratsmehrheit weitergehende Ziele verbunden sind oder nicht. So wird - etwa mit dem Verkauf städtischer Beteiligungen an florierende Gesellschaften (beliebt zur Zeit etwa Messe- und Ausstellungs-GmbHs, Reisebüros, aber auch Anteilen von Energieversorgungsunternehmen u.ä.) - fortgesetzt, was in den letzten Jahren der wachsenden kommunalen Defizite mit der Verschleuderung von gemeindeeigenem Grund und Boden begonnen wurde: Privatisierung als Sanierungsnotnagel des "unterkapitalisierten Unternehmens Stadt" (betriebswirtschaftlich gesprochen). Privatisierung ist die Fortsetzung der schleichenden Enteignung der Städte durch verfassungswidrige, die Selbstverwaltungsgarantie verletzende Gemeindefinanzierung.

3. Privatisierung heißt dabei immer Privatisierung von Gewinnen. Defizite eignen sich nicht zur Privatisierung, kein Privater nimmt sie. Ob die Verluste entweder in früheren Jahren "sozialisiert" wurden (durch eine Gebührenpolitik, die den "Kostendeckungsgrad" über die 100%-Marke getrieben hat und so ausreichende Rendite garantierende Preis-"Kalkulation" erlaubt) oder ob solche Verluste auch in Zukunft an der Gemeindekasse hängen bleiben (durch Verlustabdeckung, subventionierte Mieten und Pachten, Abnahmegarantien o.ä.): Der Weg ist geebnet für die Entfaltung "freien Unternehmertums".

4. Die Klagen über Korruption und Vetternwirtschaft im Bereich öffentlichen Wirtschaftens sind häufig und sicher häufig berechtigt. Wenn sie in Zukunft mit der zunehmenden Privatisierung abnehmen sollten, ist das sicher nicht der größeren Ehrbarkeit der privaten Anteilseigner, Geschäftsführer und Manager geschuldet, die jetzt anstelle der städtischen Angestellten und Beamten diese Unternehmen leiten, sondern der Tatsache, daß weniger aufkommen wird. Auch in privater Rechtsform wirtschaften diese Unternehmen oft in einem engen Geflecht öffentlicher Auftraggeber, mit meist monopolartiger Marktstellung und in unauflöslicher Verbindung mit anderen Unternehmen des öffentlichen Bereichs. Es läßt sich dort bei erheblich eingeschränktem Unternehmerrisiko gutes Geld verdienen. In Zukunft praktisch ohne jede Kontrolle und was fast deutlicher wirkt (die kommunale Aufsicht durch die Gemeinderäte war und ist meist eher

schlecht als recht) — dann unter Ausschluß der Konkurrenz der politischen Parteien untereinander, die bislang noch am ehesten Garant dafür war, daß bei der Jagd auf Posten und Pöstchen keiner zu kurz und dadurch manches ans Licht kam.

5. Privatisierungsbefürworter beklagen Schwerfälligkeit öffentlicher Verwaltungen, fehlen-Verantwortungsbewußtsein und mangelndes Kostendenken. Entsprechendes Lamento kennt man seit Jahrzehnten aus den Konzernen. Festzuhalten wäre zweierlei: Zum einen wurden die Konzepte, die in den privaten Unternehmen (und jetzt auch in den Kommunen) dagegen helfen sollen, in jenen Konzernen ausgetüftelt, die diese Probleme beklagen. Zum anderen: Es gibt ... reihenweise Belege für effizienteres Wirtschaften öffentlicher Einrichtungen im Vergleich mit privatrechtlichen. Schlendrian und zentralistische Bürokratie. Fesselung von Eigeninitiative und Selbstverantwortlichkeit ist kein Privileg des öffentlichen Dienstes . . (Aus Platzgründen leicht gekürzt, Red.)

#### Hintergrund Berufsbeamtentum

## Überlegungen zur Richtung der Reformdiskussion des öffentlichen Dienstes

#### VON KURT HÖLLWARTH

1.) Das Berufsbeamtentum, bislang — so schien es — unumstößlicher Eckpfeiler der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung", kommt auch aus konservativer Richtung ins Gerede.

Die angedeutete staatsorientierte Rechtfertigung des deutschen Berufsbeamtentums, die sich in den "hergebrachten Grundsätzen ..." des Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz widerspiegelt, war und ist auch aus Sicht bürgerlichen Staatsrechts nicht sonderlich überzeugend. Das belegt die Ignoranz gegenüber dieser Einrichtung, wie sie das nicht weniger kapitalistische Ausland an den Tag legt, und wird auch von durchaus konservativen Autoren anerkannt (so etwa Ellwein/Hesse, zwei Privatisierungs- und Verwaltungsvereinfachungsprofessoren von Rang, 1994)

Seine Existenz ist auch nicht unabdingbare Voraussetzung eines kapitalistischen oder imperialistischen Staatsgefüges. (Ganz anderes gilt für den Gegenstand seiner Aufgabenstellung - Gesetzesvollzug nämlich, und zwar bestimmter Gesetze —, von dem im folgenden bewußt abstrahiert werden soll). Sie ist vielmehr einer spezifischen Tradition geschuldet, innerhalb der es um 1800 zum Wechsel vom Fürsten- zum Staatsdiener kam. Mit diesem Wechsel war — jedenfalls der behaupteten Zielsetzung nach – der Schutz der Beamten vor der (Fürsten-)Willkür verbunden. Allerdings gab es zu dieser Zeit fast nur den beamteten Akademiker in herausgehobener Position, dem dann Hilfskräfte in weniger reputierlicher Rechtsstellung zur Seite standen. Die Besonderheit des deutschen Berufsbeamtentums, die sich alle deutschen Regierungen immer zunutzezumachen wußten, besteht darin, daß ein Status für immer mehr und größere Gruppen von Beschäftigten Anwendung fand und damit "die" Beamten eine eigene Arbeitsnehmergruppe mit eigenen gesetzlichen Grundlagen, einem eigenen Versorgungssystem und eigenen Interessenvertretungen bildeten, den der gehobene Dienst dominiert, dessen Verhandlungserfolge (bzw. dessen regierungsseitig für politisches Wohlverhalten gewährten Wohltaten) aber auch der höhere Dienst für sich akzeptiert. Diese Gruppenbildung ereignete sich historisch von oben nach unten. Da der Prozeß die Beamten wie die Angestellten erfaßte, prägt er die Gesamtstruktur des öffentlichen Dienstes nachhaltig und bewirkt, daß man anstatt der früheren Pyramide mit einem breiten vom "einfachen Dienst" bestimmten Sockel heute eine Säule vorfindet, deren obere Hälfte aus dem gehobenen und dem höheren Dienst gebildet wird.

Konkret und in aller Kürze: Die relativ selbständig und meist isoliert agierenden Akademiker erhielten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Mitarbeiter, die unter den sonstigen Hilfskräften (Schreiber, Diener, Boten, Kutscher) herausragten und zunehmend selbständig arbeiteten. Sie benötig-

ten dafür eine bestimmte Vorbildung, standen besoldungsmäßig den Akademikern (= höherer Dienst) bald näher als den erwähnten Hilfskräften und bildeten allmählich das "Korsett" der öffentlichen Verwaltung. (Typisch für diese Gruppe sind etwa zunächst die Kreissekretäre in den preußischen Landratsämtern und die Sekretäre in den Regierungspräsidien.)

2. Diese Entwicklung des öffentlichen Dienstes brachte also - und dies vor allem bei seinem bürokratischen Kern, der heute vor allem die gesamte (untere und mittlere) Bundesverwaltung, aber auch die mittlere Ebene der Landesverwaltung bis hinunter zu den Kreisverwaltungen dominiert meist hochqualifizierte Mittelgruppe hervor, die selbständig und verläßlich arbeitet, die mit den Schwierigkeiten, die der deutsche Gesetzgeber bereitet, umgehen kann, seßhaft ist und so die einzelnen Behörden stabilisiert. Beamte und Angestellte, die sich keineswegs in herausgehobener Position befinden, veranlagen zur Einkommensteuer oder wenden die für die Gewerbeaufsicht maßgeblichen Vorschriften an. Sie bewältigen die ihnen aufgenötigten Fallzahlen, vermeiden (fast immer) Streit und sind für Vorgesetzte (aber auch für das Publikum) einigermaßen berechenbar, obwohl sie es mit einem Vorschriftenberg zu tun haben, der sich im Prinzip überhaupt nicht anwenden läßt, und mit Problemstellungen, die mit den ihnen gegebenen Instrumenten unlösbar sind.

Der wohltuende Unterschied des Vorhandenseins eines solchen irgendwie soliden, verläßlichen Verwaltungskorsetts zu den Bedingungen in Ländern, in denen er fehlt, wie etwa Italien, wird von Leuten. die beides kennen, immer wieder betont. Der Charme der staatlich produzierten "Anarchie" verblaßt mit der Zeitdauer, mit der man ihm ausgesetzt ist. (Kein Zufall ist wohl auch, daß gegen die angeblich so weit verbreite Korruption und Bestechlichkeit im öffentlichen Dienste jene Mittelgruppe nahezu immun zu sein scheint. Die Nester dieses kriminellen Lasters finden sich meist in den Sphären des höheren Dienstes. "Beziehungen" und "Bezüge", zwei Wörter mit dem gleichen sprachlichen Stamm, verbindet eine um so engere Verwandtschaft auch in tatsächlicher Hinsicht, je mehr man von A13 ab (hier beginnen jene "höheren" Sphären) die Laufbahnordnung aufwärts klettert oder gar von Leiter A zu Leiter B wechselt (A 13 hat der Oberamts- oder Studienrat; B2 z.B.ein Direktor beim Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung oder ein Abteilungsleiter bei der Treuhand).

3. Die Kehrseite ist: Weil es an einer umfassenden Ausbildung fehlt und vieles, fast alles, erst während der Berufsausübung gelernt werden muß, muß das Arbeitsfeld zwangsläufig begrenzt werden. Dazu kommt - und dies ist noch bestimmender von oben verordnete, möglichst engmaschige Regelung der Tätigkeit. Die erwähnte "Mittelgruppe" der Hierarchie des öffentlichen Dienstes wurde und wird eindeutig auf Ausführung, Vollzug und Gehorsam verpflichtet, während man dem Akademiker (noch) größere Spielräume ließ (und teilweise auch noch heute läßt). Die Tätigkeit ist also durchaus eigenverantwortlich, aber so weit als möglich vorgezeichnet. Das "Formular", das den "Fall" auf einige wenige Merkmale reduziert, wurde und ist typisch für die bürokratische Verwaltung und durchaus auch – für ihre Leistungsfähigkeit. Die darauf beruhenden Beamtenwitze und Kabarettistenkarrieren sind zahlreich und wirken (wenn sie es tun) deshalb so witzig, weil sie an eine ans Absurde grenzende Realität anknüpfen.

Kompetenz bemißt sich so eher nach der Beherrschung eines (wenn auch kleinen) Feldes als nach dem Überblick über "die Verhältnisse". (Viele Sozialarbeiter arbeiten lieber in der Jugendgerichtshilfe als in einem Team, das für den Stadtbezirk zuständig ist und in dem der einzelne womöglich nicht "seine" Fälle bearbeiten kann.) Darin liegt die Gefahr der fachlichen und beruflichen Enge.

Dazu kommt eine erzwungene Immobilität. Der mittlere und gehobene Dienst macht "Karriere" in "seiner" Behörde und an einem bestimmten Ort, oder er macht eben keine. Dies führt zu einer spezifischen Abhängigkeit vom jeweiligen Behördenchef und Amtsleiter, zu persönlichen und sozialen Bezügen mit Folge entsprechender Hörigkeit, die über die Abhängigkeitsverhältnisse im nichtstaatlichen Bereich hinausgehen. Dort liegt am ehesten das Einfallstor für die Korrumpierung manchmal ganzer Ämter und Behörden. In konservativer Sicht liest sich eine psychologisierende Beschreibung dieser

Situation so: "Diese spezifische Abhängigkeit ... erfordert das Festhalten an den von den karrierentscheidenen Vorgesetzten geprägten Verhaltensmustern und Amtsgewohnheiten ebenso wie möglichst konfliktfreie Umweltbeziehungen" (so Ellwein/Hesse).

4. Es wäre eine lohnenswerte Aufgabe, näher zu beschreiben, wie sich diese deutsche Beamtentradition, gewachsen in einer spezifischen deutschen Geschichte des "behutsamen Hinüberwachsens" vom Feudalismus zum Imperialismus, konkret in den Rechtsbeziehungen des öffentlichen Dienstes nachweisen läßt und weitgehend (ob durch gesetzliche Regelungen oder durch das Tarifrecht) auch die Angestellten und sogar die Arbeiter erfaßt. Wichtige (und zu beseitigende) Eckpunkte sind hier das Alimentationsprizip, das eine Bezahlung nach dem jeweils innegehabten "Amt" und nicht je nach Funktion, Leistung etc. vorsieht, das starre Laufbahnprinzip mit (niedrigen und niedrigsten) Eingangsgehältern und (hohen und höchsten) Endgrundgehältern, das durch die Eingruppierungsmerkmale der Vergütungsordnungen zum BAT weit mehr als alle anderen (mehr auf die Aufgabe, die zu bewältigenden Arbeiten bezogenen) Kriterien auch die Einkommen der Angestellten definiert. (Dazu gehörte der Nachweis, daß das BAT-Vergütungssystem merkwürdige Sonderlichkeiten produziert, die etwa dazu führen, daß ein Vorgesetzter mit BAT Ib, der für rasche Beförderung seiner Untergebenen von BAT III nach BAT II sorgt — was er kann —, damit seine eigene Höhergruppierung nach BAT Ia oder I bzw. den entsprechenden Beamtenbesoldungen "veranlaßt". Planmäßig produzierte Vasallentreue per tarifvertraglicher Absicherung?)

Noch wichtiger fast und dringlich (weg) zu reformieren: die eigene Alterssicherung des öffentlichen Dienstes zugunsten einer einheitlichen Rentenversicherung.

5. Es wird derzeit (vor allem aus liberaler und konservativer Ecke) von einer "Bedrohung durch den öffentlichen Dienst" gesprochen. Überraschenderweise kommt dies aus einer Richtung, der Wahlsoziologen es als eines ihrer geschicktesten wahlstrategischen Manöver zuschreiben, planmäßig auf eine Erhöhung des Beamtenanteils vor allem in den 60er und 70er Jahren hingewirkt und so für ein stabil konservatives Grundpolster gesorgt zu haben.

Zusammengefaßt hat sich der Öffentliche Dienst von etwa 1910 bis 1955 zum ersten Mal und dann bis 1990 zum zweiten Mal verdoppelt. Darüber hinaus hat sich das Gefüge dramatisch verändert, die Zahl der Arbeiter ist ist seit 1950 drastisch zurückgegangen, und die Angestellten haben sich mehr als verdoppelt. Waren es 1950 794 tausend Vollzeitbeamte, wurden 1990 1,66 Mio. gezählt, von denen mehr als die Hälfte zum höheren und gehobenen Dienst zählt. Damit ist leicht die Prognose zu verbinden, daß bei gleichbleibender Entwicklung bis zum Jahr 2030 16,1% des Bruttosozialprodukts, das entspräche dann etwa zwei Drittel des Volumens aller öffentlichen Haushalte, zur Finanzierung der Personalausgaben des öffentlichen Dienstes benötigt werden. Dazu kommt, daß die zu erwartenden Pensionslasten bislang noch nicht einmal als Schulden ausgewiesen werden, also schlicht aus den laufenden Haushalten bezahlt werden. Weil aber vor allem in den 60er Jahren und danach aus politischen Gründen der Beamtenanteil immer mehr ausgeweitet wurde - die entsprechenden Jahrgänge erwarten ab dem Jahr 2000 das Pensionsalter -, stehen ab diesem Zeitpunkt erhebliche Lasten zur Bewältigung an, für die es bislang keinerlei Vorsorge gibt. Der eingangs zitierte Satz vernebelt also die Verursacher dieser "Bedrohung", die jetzt von Bedrohung reden und die Staatsfinanzen dann - im zweiten Schritt - mit Einschnitten zu Lasten der kleinen und mittleren Einkommen retten wollen.

6. Eine Reform des öffentlichen Dienstrechts ist unumgänglich; das Beamtenrecht blockiert. Sie kann sich aber nicht einfach in der Abschaffung des Beamtenstatus erschöpfen, sondern muß darauf abzielen, die Macht des "höheren Dienstes" zu brechen. Die Beseitigung des Beamtenstatus allein schafft dafür keineswegs die notwendigen Voraussetzungen. Ein einheitliches Dienstrecht zu schaffen, wie dies die ötv fordert, heißt aber auch, daß Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes (unabhängig von der Frage, ob dies nicht auch für alle anderen Lohnabhängigen zutrifft) eines besonderen Schutzes gegenüber ihrem "Arbeitgeber" bedürfen, der mit den allgemeinen arbeitsrechtlichen Regelungen keinesfalls gewährt wird.

Vortrag aus der AG Wirtschaft

## Das politische Konzept der PDS für die Entwicklung ländlicher Räume

#### VON ROLF EITZERT

Das hier behandelte Thema war eines von mehreren, die auf der Tagesordnung der AG Wirtschaft standen. Von den anderen Themenbereiche liegen Berichte, Protokolle oder Referate schriftlich nicht vor. (Red.)

Das Konzept ist das Ergebnis der Arbeitsgruppe "Agrarpolitik und ländlicher Raum" der AG Wirtschaftspoliik beim Parteivorstand der PDS.

Die inhaltlichen Schwerpunkte sind:

- 1. Warum spezielle Positionen für den ländlichen Raum?
- 2. Zur Situation im ländlichen Raum.
- 3. Grundpositionen zur Gegenwart und Zukunft des ländlichen Raums.  $\,$

Der vorliegende Vortrag ist teilweise stichwortartig.

#### Warum besonderes Politikfeld?

Die mit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft — besonders des Kapitalismus — verbundene Trennung zwischen "Stadt" und "Land" hat besonders in den Industrieländern zur Herausbildung zweier Typen von Siedlungs- und Wirtschaftsräumen geführt, die durch z.T. sehr beträchtliche Unterschiede in den Lebensbedingungen und -qualitäten der Menschen gekennzeichnet sind:

- a) städtische Verdichtungsräume auch Ballungsgebiete genannt einerseits und b) ländliche Räume was man auch immer darun-
- b) ländliche Räume was man auch immer darunter verstehen mag.

Gründe dafür sind:

1. Umfang/Größe — d.h. Fläche, um die es geht; d.h. in Deutschland können dem ländlichen Raum etwa 70 bis 80% der Fläche und 35 bis 40% der Bevölkerung zugeordnet werden. Der Anteil ist in den neuen Bundesländern etwas höher, in Thüringen z.B. rund 52% der Bevölkerung.

Bei der Perspektive des ländlichen Raumes geht es also um mehr als um die Zukunft der mit dem ländlichen Raum untrennbar verbundenen *Landwirtschaft*, d.h. der landwirtschaftlichen Urproduktion.

- 2. Qualitative Unterschiede zu Ballungsgebieten:
- Boden, Wasser, Flora und Fauna ... machen zugleich auch die Attraktivität des Landes aus;
- nicht zugebaute Umwelt, d.h. Natur überwiegt (noch), keine Betonwüsten;
- spezifische Siedlungsstrukturen entstanden, d.h. dezentral bzw. flächendeckend; die Existenzformen sind relativ klein; jeder kennt jeden; selbst die Arbeitslosigkeit verschwindet im Gemüse- oder Obstgarten!
- 3. Spezifische Probleme und Bündelungen, die woanders nicht auftreten; zum einen historisch bedingt sind, andererseits aus gegenwärtigen Umbrüchen/ Wende entstanden sind. Die Agrarpolitik wird dem Kapital unterworfen.
- Die Einkommensunterschiede sind groß;
- die Massenarbeitslosigkeit wird größer;
- Abwanderungen, Pendler
- Differenzierung zwischen arm und reich, zwischen Landbesitzern und Landlosen . . .

Das Raumordnungsgesetz der BRD hebt das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes, die Gleichwertigkeit beider Raumkategorien — auch unabhängig von der Land und Forstwirtschaft — hervor. Das formulierte Ziel — gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen zu schaffen — konnte trotz positiver Ergebnisse auch in vielen Regionen der Altbundesländer bisher nicht erreicht werden.

In Ostdeutschland — dem sog. Beitrittsgebiet — wurde verhindert, daß die zu DDR-Zeiten betriebene Angleichung der Lebensverhältnisse in Stadt und Land fortgesetzt werden konnte. Im Gegenteil: Es muß eingeschätzt werden, daß die negativen Auswirkungen des gesellschaftlichen Umbruches (Wende) im Osten auf die ökonomischen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen im ländlichen Raum wesentlich stärker sind als in den Ballungsge-

bieten (Ausnahmen)!

Die PDS hält es für notwendig:

- a) die entstandenen Widersprüche im Interesse aller (besonders der auf dem Lande Lebenden) aufzuzeigen (z. B. Eichsfeld);
- b) Standpunkte linker Politik zu entwickeln und darzulegen und
- c) Lösungsansätze/-strategien unter Nutzung der im ländlichen Raum vorhandenen spezifischen natürlichen, personellen und materiellen Möglichkeiten herauszuarbeiten.

Denn bis zur Vereinigung vollzog sich die Entwicklung des ländlichen Raumes in Ost und West unterschiedlich.

#### Zur Situation im ländlichen Raum

Der ländliche Raum entwickelt sich zwischen Ost und West differenziert.

Altbundesländer:

- Rolle der Landwirtschaft als ökonomische Basis gering,
- durch die Entwicklung mittelständischen Gewerbes, von Dienstleistungen und Tourismus in vielen Regionen gelang es, alternative Einkommensquellen zu schaffen,
- in der Nähe von Ballungszentren siedelten sich viele Menschen an, die in Städten arbeiteten und Dienstleistungen auf dem Lande nutzten und über Steuern zum Wohle ihrer Wohngemeinden beitrugen. Die Abhängigkeit von der landwirtschaftlichen Produktion hat sich schrittweise verringert.

D.h. die Zerstörung der gewachsenen Strukturen auf dem Lande erfolgte schneller und totaler als in den Städten!

Worin zeigen sich nun die wichtigsten und gravierendsten Veränderungen im ländlichen Raum Ostdeutschlands?

- a) Ungerechtfertigter Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion unter das Niveau der Eigenversorgung, verbunden mit radikaler Rationalisierung und Erhöhung der Arbeitsintensität für die verbleibende Produktion. Dramatischer Abbau von Arbeitsplätzen! Rund 80% verloren den Arbeitsplatz, besonders Frauen (70%), Jugendliche und ältere Menschen, die noch Berufstätigen werden weit unter Tarif bezahlt.
- b) Weitgehend ersatzlose Auflösung der bisher an die genossenschaftlichen und staatlichen Landwirtschaftsbetriebe gebundenen Gewerbe-, Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen. Nicht nur Arbeitsplätze gingen verloren, sondern auch die Versorgung in den Landgemeinden verschlechterte sich (z. B. Post, Konsum, Annahmestellen usw.).
- c) Verminderung der Wertschöpfung der Landwirtschaft und entsprechende Einkommensverluste; u. a. Rückgang der marktwirksamen individuellen Produktion.
- d) Drastische Reduzierung der im ländlichen Raum ohnehin geringen industriellen Arbeitsplätze (z.B. Kali ...) das bedeutet sog. in der Großindustrie tätige Pendler und fehlende Perspektiven bei der Entwicklung von Industriearbeitsplätzen.
- e) In der DDR weitgehend unbekannte soziale Dif-



In der Landwirtschaft der neuen Bundesländer wurden Frauen überproportional "freigesetzt".

Trotzdem auch hier im ländlichen Raum:

- geringeres Einkommensniveau,
- Mangel an Arbeitsplätzen,
- Überalterung der Bevölkerung.

Auf dem Gebiet der DDR hatte die Landwirtschaft bereits historisch bedingt ein höheres ökonomisches Gewicht (besonders Mecklenburg / Vorpommern und Brandenburg, z.T. Sachsen-Anhalt) und war stärker agrarisch geprägt.

Die auf Eigenversorgung und Export ausgerichtete und hoch subventionierte Landwirtschaft der DDR war der Hauptträger der ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung auf dem Landebzw. im ländlichen Raum.

Es gab wesentlich mehr Arbeitsplätze direkt in der ländlichen Produktion.

Die Kommunen hatten infolge der zentralistischen Finanz- und Investitionspolitik nur geringe finanzielle und materielle Ressourcen. Leistungen wurden über direkte staatliche Zuwendungen finanziert.

Landwirtschaftsbetriebe bildeten finanzielle Fonds für soziale und kulturelle Aufgaben bzw. stellten kostenlos Leistungen bereit (Ursache: subventionierte Agrarpreise).

Damit finanzierte der Staat auch indirekt die Entwicklung im ländlichen Raum. In vielen (nicht allen) Dörfern hatten sich auf diese Weise Lebensbedingungen herausgebildet, die denen in der Stadt qualitativ nicht nachstanden.

Die überstürzte und ungeschützte Konfrontation der ostdeutschen Landwirtschaft mit dem Markt der EG und das Eindringen westdeutscher Handelsketten entzogen nicht nur die ökonomische Existenz vieler Betriebe, sondern damit auch dem teilweise hohen sozialen und kulturellen Lebensniveau in den Dörfern Ostdeutschlands schlagartig den Boden. ferenzierungsprozesse, insbesondere zwischen

- Berufstätigen und Arbeitslosen;
- Landbesitzern und Landlosen.

Die Auseinandersetzungen um die Aufteilung des genossenschaftlichen Eigentums trugen und tragen die Gefahr der Zerstörung der gesellschaftlichen Dorfgemeinschaft in sich.

Alle diese Probleme konnten durch die Schaffung neuer Strukturen nur ungenügend kompensiert werden. Insbesondere das Prinzip "Rückgabe vor Entschädigung", ungeklärte Eigentumsverhältnisse, Verschleuderung von Volkseigentums durch die Treuhand und die Beibehaltung der Altkreditverbindlichkeiten behinderten und behindern das Entstehen langfristig tragfähiger Wirtschaftsstrukturen.

Hinzu kommt, daß die ehemaligen DDR-Bürger in der Regel nicht über das notwendige Eigenkapital für Neugründungen verfügen. Statt gesunder Strukturen mehren sich Bodenspekulationen (nur 5 % sind in "Osthänden") und Ansiedlungen einseitig auf Handel orientierter Großunternehmen mit z.T. unkontrollierten Umwelt- und Verkehrsproblemen für das Umland! (Siehe Autobahn)

#### Grundpositionen zur Entwicklung des ländlichen Raums

PDS: Es sollte im Interesse der ganzen Gesellschaft liegen, den *ländlichen Raum* auf Dauer lebensfähig und lebenswert zu erhalten. Auch die Lebensqualität der *Stadt*bewohner hängt wesentlich vom dauerhaften Erhalt des *ländlichen* Raumes ab.

Es gilt, komplexe regionale Programme für und mit dem ländlichen Raum zu entwickeln. Leitbild bzw. Leitlinien für den ländlichen Raum könnten wie folgt charakterisiert werden:

- 1. Sicherung der Lebensfähigkeit jeder ländlichen Region durch eine eigenständige und selbstbestimmte ökologisch orientierte Wirtschafts-Infrastruktur mit entsprechendem Arbeitsplatzangebot im Zusammenwirken mit angrenzenden Ballungsgebieten.
- 2. Schaffung von Lebensverhältnissen auf dem Land, die eine gleichwertige Persönlichkeitsentwicklung wie in den städtischen Gebieten insbesondere hinsichtlich Zugang zu Bildung und Kultur gewährleisten.

Pflege und Reproduktion der gewachsenen Kulturlandschaft und sozio-kulturellen Besonderheiten des Dorfes und der ländlichen Lebensweise als Kulturgüter.

Die derzeitige Marktwirtschaft steht dem oft entgegen; der Staat muß in hohem Maße steuernd eingreifen! Dafür geeignete *Instrumente* (d. h. juristische Möglichkeiten) sind nach unserer Auffassung:

a) Umweltgesetzgebung:

b) Raumordnungsverfahren;

integrierter Einsatz von Fördermitteln (und nicht nach dem Gießkannenprinzip oder deren Wirkung sich gegenseitig aufhebt).

Auf deren Vervollkommnung gilt es, sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch (u.a. über Vereine, Verbände) gezielt Einfluß zu nehmen.

Der ländliche Raum darf nicht werden:

- Schlafdörfer für die in der Stadt Arbeitenden;
- nur Einzugsgebiet der Entsorgungswirtschaft der Städte;
- $-\,$ zum bloßen Reservoir für mal benötigte und mal nicht benötigte Arbeitskräfte und

damit u. U. Entleerung und Verödung!

Welche Rolle soll dabei die Landwirtschaft spielen?

Die Landwirtschaft wird künftig nicht mehr die Haupterwerbsquelle für die ländliche Bevölkerung sein können (d. h. mit weiterer Öffnung der Märkte (Welthandel) verschlechtert sich objektiv die Wettbewerbschance der deutschen Landwirtschaft).

Dennoch ist es unverzichtbar, die Landwirtschaft als einen (wesentlichen) Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum zu erhalten, weil sie die Basis für die Erhaltung und Pflege der natürlichen Umwelt für die gesamte Gesellschaft bildet und gleichzeitig die soziale Lebensgrundlage für eine relativ große, spezifisch ausgebildete und hochmotivierte Bevölkerungsgruppe darstellt. Das ist Schwerpunkt für die Vitalisierung bzw. Revitalisierung des ländlichen Raumes:

- Stärkung der Wirtschaftskraft;
- Überwindung der Arbeitslosigkeit.

Grundrichtungen in der Agrarpolitik könnten sein (unterstützen/einfordern):

1. GATT und EU liegen im Interesse der exportorientierten deutschen Industrie, öffnen aber den deutschen Markt noch stärker für Agrarimporte. Der Anpassungsprozeß der deutschen Landwirtschaft dauert länger; Schutzmaßnahmen sind mindestens mittelfristig notwendig (aber nicht auf Kosten der Entwicklungsländer).

Eine ökologisch orientierte und effiziente Landwirtschaft sollte sich weitgehend selbst tragen. Keine Diffamierung der landwirtschaftlichen Subventionen (von 35 Pfennig für das Brötchen bekommt der Landwirt nur 5 Pfennig), u.a. 90% des EGAgrarhaushaltes wurden für Marktregulierung ausgegeben (und nicht für Strukturentwicklung); außerdem ist eine Entbürokratisierung der Antragstellungen für Fördermaßnahmen erforderlich.

- 2. Es kommt darauf an, innerhalb größerer Territorien relativ geschlossene regionale Kreisläufe zu schaffen; d.h. die zur Versorgung notwendigen Rohstoffe im wesentlichen "vor Ort" zu produzieren und zu verarbeiten. Keine Konzentration und Monopolisierung in der Nahrungsgüterindustrie (heute bestimmen 8 Männer, was 80 Mio. Menschen in Deutschland essen ...). Das liegt im Interesse der ostdeutschen Bundesländer, aber auch der Qualität der Nahrungsgüter und der Einschränkung/Reduzierung umweltschädlicher Transporte (siehe: Thüringer Wald-Autobahn).
- 3. Förderung einer vielfältig strukturierten Landwirtschaft, deren Arbeit und Produktion an Kriterien der ökonomischen, sozialen und ökologischen Effizienz gemessen wird, und nicht das Beharren auf überholten, durch ideologisierte Leitbilder geprägten Strukturen. Das schließt die uneingeschränkte Gleichbehandlung der modern strukturierten landwirtschaftlichen Unternehmen in den ostdeutschen Bundesländern ohne politische Vorbehalten ein! Das ist keine Nostalgie, sondern Genos-

senschaftsgeist, kollektiv zu produzieren. Weitergehende Entschuldung bei Altkrediten und eine angemessene Berücksichtigung der Investitionsfördermittel

- 4. Produktionsgenossenschaften sind nicht nur eine aus ostdeutschen Strukturen entstandene Übergangsform, sondern eine Alternative zu einzelbäuerlichen und kapitalistischen Landwirtschaftsbetrieben und eine Chance zur wahren Demokratisierung der Wirtschaft. Ziel: sachliches Miteinander aller Eigentumsformen bis hin zur Kooperation. Rasche Novellierung des Genossenschaftsgesetzes.
- 5. Die Verwertung des ehemalig volkseigenen Bodens in den neuen Bundesländern muß so erfolgen, daß sie der ökonomischen und sozialen Stabilisierung im ländlichen Raum dient und nicht die Existenz lebensfähiger landwirtschaftlicher Unternehmen gefährdet. Keine Aushöhlung und Revision der Bodenreform (siehe 2 + 4-Verhandlungen und Einigungsvertrag).

Resümee: Kommunalisierung des Grund und Bodens; langfristige Verpachtung an ortsansässige Landwirte. Keine ländlichen Räume ohne Landwirtschaft, dennoch muß die Lösung der wirtschaftlichen Probleme vorwiegend außerhalb der Landwirtschaft gesucht werden.

Was ist alles dafür erforderlich?

Erforderlich ist vor allem in den neuen Bundesländern, d.h. die PDS setzt sich ein für:

1. eine aktive Politik zur Ansiedlung gewerblicher Unternehmen, bes. Handwerk, Baugewerbe und mittelständische Industrie als wertschöpfende Bereiche als solide, dauerhafte Basis! (Und keine Golfplätze, nur Mülldeponien, Tankstellen und überdimensionale Handelseinrichtungen.)

- 2. Der rechtliche Schutz der Bürger und Kommunen vor spekulativen Bodenerwerbern und Nichteinhaltung von Investitionszusagen der "Investoren" ist zu verstärken.
- 3. Bei Verkauf, Verpachtung von Immobilien sowie bei Baugenehmigungen und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind vorrangig ortsansässige Bewerber zu berücksichtigen.
- 4. Daß der aggressiven Werbung westlicher Firmen eine koordinierte Marketing-Strategie der örtlichen Wirtschaft entgegengesetzt wird, damit hier auf dem Lande Arbeitsplätze entstehen und Steuereinnahmen gesichert werden.
- 5. Der ländliche Raum der neuen Bundesländer bietet sich vor allem aufgrund des Vorhandenseins qualifizierter Fachkräfte ehemaliger LPG (VEG) u.ä. dafür an, Forschungs-, Entwicklungs- und Fertigungskapazitäten für neue, umweltfreundliche Technologien aufzunehmen; z.B.
- alternative Energiequellen (Biomasse, Wind, Sonne ...);
- bessere Verwertung nachwachsender Rohstoffe;
- ökologisches Bauen sichern.

Hier ist auch der Staat gefordert, durch gezielte Forschungsstrategie eine entsprechende Investiti-

BAUERN VORSICHT!

BIOTECHNOLOGISCHE
MITTEL GEHÖREN
NICHT IN KINDERHAND!

Karikatur aus: "Gentechnologie — Gedeih oder Verderb", 40seitige Broschüre mit 12 Beiträgen und Literaturtips des BUND, Im Rheingarten 7, Bonn, 4 DM.

ons- und Förderpolitik wirksam zu werden.

6. Erforderlich ist es auch, auf der Grundlage der Länderkonzepte den (ländlichen) Tourismus auszubauen! Aber dabei ehrlicher und realistischer die Möglichkeiten und Grenzen einzuschätzen, um übertriebene Illusionen und Fehlinvestitionen zu vermeiden.

Tourismus kann i.d.R. nur ein ergänzender Wirtschaftsfaktor sein (Ausnahmen bestätigen die Regel).

7. Das Gleiche gilt auch für die Möglichkeiten einer stärkeren Verlagerung der *Altenbetreung* in den ländlichen Raum! (z.B. sozialer Verein gegründet ...)

Die PDS fordert vor allem ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit im ländlichen Raum, da hier die Quote höher, die Palette der Beschäftigungsmöglichkeiten kleiner und folglich da Problem der Langzeit- bzw. Dauerarbeitslosigkeit größer ist. U.a.

a) Vorrang der Finanzierung der Arbeit über ABM oder §249h AFG gegen Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung mit flankierenden Maßnahmen, Kultur und Soziales mehr einbeziehen und bezahlen:

b) Erweiterung des spezifischen Umschulungsangebots für ehemals in der Pflanzen- und Tierproduktion Beschäftigte, möglichst mit ABM/§ 249h verknüpft, wie das im Verein bzw. ABS-Gesellschaften z.T. gemacht wird, um Dauerarbeitsplätze zu schaften

Die PDS setzt sich ein für die Sicherung und Stärkung der ökologischen und sozio-kulturellen Funktion des ländlichen Raumes:

Die zerstörerischen Eingriffe des Menschen in den Naturhaushalt haben ein Ausmaß erreicht, das eine prinzipielle ökologische Wende in der Wirtschaftspolitik, aber auch im Verhalten jedes einzelnen im täglichen Leben erfordert.

— Der ländliche Raum hat die Funktion des ökologischen Ausgleichs und der Regeneration dieser Ressourcen für die *gesamte* Gesellschaft zu erfüllen. Eine konsequent ökologisch orientierte Politik; aus Verantwortung gegenüber künftigen Generationen ist konsequenter Umweltschutz erforderlich. Alternativen suchen und finden, z.B. integrierter Landbau, ökologischer Landbau, Landschaftspflege. Diese Leistungen müssen auf Dauer von der Gesellschaft anerkannt und entsprechend des Aufwandes und der erbrachten Leistungen auch finanziell unterstützt werden.

— Der ländliche Raum hat über die Wohnfunktion für die dort lebende Bevölkerung hinaus eine besondere sozio-kulturelle Funktion im Rahmen der Gesellschaft. Keine Verstädterung der Bevölkerung, d.h. Reichtum und Vielfalt der Menschheitskultur zu erhalten (Wohn- und Lebensweise, Architektur, Dorfgestaltung, Traditionen, Pflege des Brauchtums, kulturelle Eigenaktivität, dorftypische Kommunikation). Das Dorf soll auch Gebender bleiben!

— Im ländlichen Raum sind auch funktionsfähige Infrastrukturen zu schaffen; d.h. bürgernahe Versorgung mit Verwaltungs- und medizinischen Leistungen, Handelseinrichtungen, Kindergärten usw. Das ist nicht dem freien Wirken der Marktkräfte zu überlassen, sonst deutliche Verschlechterung der Lebensbedingungen der Landbevölkerung unter das in der DDR erreichte Niveau.

Das ist wiederum Voraussetzung für eine "Verkehrspolitik der kurzen Wege": a) Verkehrsvermeidung; b) Verminderung des Individualverkehrs. Keine weiteren Einschränkungen und Verteuerung des örtlichen Personen- und Nahverkehrs!

— Schließlich tritt die PDS für die Demokratisierung aller Lebensbereiche im ländlichen Raum ein; insbesondere für die reale Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung der Landgemeinden. Das heißt u.a. Bürgernähe der Verwaltungen und Abgeordneten sichern; parteienübergreifendes Handeln sichern. Da Kommunen in den strukturschwachen Gebieten ungenügend finanziell ausgestattet sind und z.T. sogar hoch verschuldet sind, ist auch eine Reform der Kommunalfinanzen und der Steuerpolitik unerläßlich; z.B.

— Erhöhung der Gemeindeeinnahmen durch Beteiligung an der Umsatzsteuer;

- Entlastung der Kommunen durch die Übernahme eines Teils der Soziallasten durch den Bund;
- Entbürokratisierung der Vergabe von Fördermitteln; Verringerung des Anteils zweckgebundener Mittel:
- Schutz und gezielte Erweiterung des kommunalen Eigentums, insbesondere an Grund und Boden.

mehrere Richtungen vorstößt: Gegen den weiterhin kritisierten Staat als Selbstbedienungsladen der politischen Klasse wird ein dienstleistender Staat der Ordnung, Sparsamkeit, Effizienz gesetzt. Dabei werden diese allgemeinen Anforderungen an einen neuen Staat gekoppelt an ein anderes Selbstverständnis der Staatsbürger: An die Stelle der Bürgerrechte werden Gehorsam und Dienst am Staat zu den tragenden Säulen dieses Bildes vom neuen Staatsbürger. Dem Gesellschaftsvertrag der freien Bürger wird ein Gesellschaftsvertrag gegenseitiger Dienste bei eindeutiger Zentralstellung des starken, zentralisierten Staates entgegengestellt. Den Zweifeln am Grundkonsens der Bundesrepublik in weiten Kreisen wird mit einer vorauseilenden Aufkündigung dieses Konsens durch die neue, "noble Rechte" begegnet.

Aus solchen Lesarten wird die Notwendigkeit für die Linke zwingend, eine eigene Modernisierungskonzeption der Gesellschaft zu entwickeln, weil sonst die Führung der Gesellschaft dauerhaft an die Rechte übergeht. Mit einem einfachen Anti-Faschismus ist da wenig auszurichten. Der Linken wird ein neuer Scheinkampf aufgezwungen: gegen die Rückkehr des alten Faschismus, während wie einst im Faschismus die Bourgeosie in den Modernisierungskämpfen schwer wieder aufzuholende Vorsprünge erreicht.

Dieter Strützel

#### Diskussion über historische Texte zum Antifaschismus

Text von Klara Zetkin:

Der Begriff des Faschismus kommt aus Italien. Gemeint ist nicht mehr, daß kleine konterrevolutionäre Gruppen quasi Rache üben für die Revolution, sondern daß Massen mobilisiert werden zum Gegenangriff. Der Faschismus geht in die Offensive. Insofern spricht Z. vom deutschen Faschismus.

Z. macht hier frühzeitig allgemeingültige Aussagen, die aber nicht endgültig festlegend sind:

Die Massen werden als Subjekt genommen, alle Parteien, also auch die Kommunisten, werden daran gemessen; noch 1 Jahr vorher hatte Z. geklagt, die Massen erfüllten ihre Pflicht zur Revolution nicht. Noch einmal: Z. denkt von den Massen her und nicht vom Geschichtsbild. Wie wir schon in der Diskussion über Konservatismus und Faschismus festgestellt hatten, wird der Terror als wichtiges Unterscheidungsmerkmal betrachtet.

Z. spricht von 2 Wurzeln des Faschismus:

Die Auflösung der kapitalistischen Wirtschaft, also die Wirtschaftskrise, auf der einen Seite und der "schleppende Gang" der Weltrevolution. Für letzteres wird als Grund angegeben der Verrat der reformistischen Führer der Arbeiterbewegung.

Z. übt scharfe Kritik an der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten waren ja in den Räten vertreten und haben auf Arbeiter geschossen: Wir machten den Unterschied zwischen der Basis der SPD und den Regierungsvertretern. Die SPD hat durch das Versprechen, die Revolution sei auf reformistischem Wege möglich, die Massen zunächst von der Revolution abgehalten, sie dann aber enttäuscht. In der Diskussion wurde festgehalten, daß wir die SPD an ihren eigenen Ansprüchen messen müssen. Befremdlich gefunden wurde, daß Z. an einer Stelle spricht von der "erlösenden Botschaft".

Zwei Zitate aus unserer Diskussion: "Z. erlaubt es den Massen noch, sich theoriewidrig zu verhalten, das ist später nicht mehr möglich."

Und: "Den Rosenkranz des Verrats zu beten, lohnt nicht." Wir sollten (wie auch Rosa Luxemburg) die Entscheidungskompetenz der Massen anerkennen. Die Frage ist also, worauf die Akzeptanz der SPD beruht. Gleichzeitig ist zu fragen, worin die Fehler der KP bestanden.

Ein Beispiel: Die KI hat den Aufstand in Mitteldeutschland gebremst mit der Feststellung, es sei "Abenteurertum". Daraufhin seien die Besten weggelaufen. Z. kritisiert also, daß es Direktiven von Moskau aus gab anstatt der konkreten Analyse.

Z. macht auch Aussagen zur Intelligenz, sie wird als selbständige Schicht betrachtet. Wohin sie sich wendet, das ist auch und gerade eine ideologische, politische Frage. . . .

Text von August Thalheimer.

Th. nimmt die Feststellungen von Marx über den 18. Brumaire des Louis Bonaparte als Grundlage seiner Analyse, die nicht falscherweise festlegt auf konkrete Situationen in konkreten Ländern. Was ist Bonapartismus?

Bonaparte übernahm 1851 in Frankreich die Macht im latenten Bürgerkrieg (nachdem 1848 die Arbeiter niedergeworfen worden waren). Die Nationalversammlung wurde beiseitegeschoben, die Republik also beseitigt, ohne zur Monarchie zurückzukehren. Auf wen stützte sich Bonaparte? Auf die Verarmten, es war eine neue Organisation neben der Armee entstanden, die Prätorianergarde. Die Bourgeoisie herrschte weiterhin als Klasse, die politische Macht übte Bonaparte aus.

Allgemein ist festzuhalten, daß die Bourgeoisie noch nicht oder nicht mehr die Herrschaft ausüben kann

Th. nimmt diese beispielhafte Analyse als Grundlage für seine Analyse 1928. Während die Klassenanalyse die materielle Lage beschreibt, urteilt die politische Analyse über die Handlungsfähigkeit. Für den Faschismus heißt das: Die Bourgeoisie gibt die politische Macht aus der Hand angesichts der drohenden Revolution. Revolution ist aber nicht eng zu verstehen als Machtergreifung, gemeint ist damit schon Aufruhr und Widerstand angesichts der Krise. Die Prätorianergarde der Faschisten ist die SA.

Marx hatte in seinem Text bereits festgestellt, daß das Proletariat sich nicht selbst vertreten konnte (auch nicht die Bauernschaft), es mußte jemand kommen, der "das macht für sie", der "gute Landesvater". Hier liegt ein wichtiger Hinweis für uns: Die Menschen, die unfähig sind, sich selber zu vertreten, müssen dazu in die Lage versetzt werden. Eine demokratische Gesellschaft ist nur mit mündigen Menschen möglich, das gilt dann erst recht für den Sozialismus.

Konkrete Analyse heute heißt z.B. festzustellen: Wer sind die Mitglieder der entsprechenden Partei bzw. Bewegung?

Was können wir bieten gegen die Angebote der Rechten?

Der Hitlerfaschismus ist nicht einfach eingesetzt worden von der Bourgeoisie, er hatte zweifellos "Millionen hinter sich", womit Menschen gemeint sind und nicht nur Millionen von Mark von der Industrie. Es wird eine Menge von Versprechungen gemacht, die nicht einfach demagogisch gemeint sind, sondern zunächst eingehalten werden — später gibt es sehr wohl Enttäuschung, da sitzt aber der Faschismus fest im Sattel. Im Machtapparat kommt eine Menge von gescheiterten Existenzen unter, Juristen z. B., die in der Weimarer Republik nicht eingestellt worden waren, bekommen jetzt eine Stellung. Die Arbeitslosigkeit geht deutlich zurück u.s.w.

Auch heute gibt es Massenarbeitslosigkeit = wir sollten gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten fordern für die, die als Arbeitslose nutzlos sind bzw. sich so vorkommen.

Die Mobilisierung für den Krieg verläuft heute anders als damals — Soldaten, die "ihren Job machen wollen" werden angesprochen.

Faschisten stützen sich nicht einfach auf Deklassierte, sondern durchaus auch auf Privilegierte — Arbeitsplatzinhaber sind privilegiert gegenüber Arbeitslosen. Das schon vorhandene Heer privater Wachdienstler neigt natürlich dazu, seine Tätigkeiten auszuweiten — Verunsicherungskampagnen knüpfen hier an. Ängste vor Veränderungen werden mobilisiert, ausgenutzt z.B. auch in der Kampagne "Standort Deutschland".

Text von Alfred Kurella

Die Schrift "Kennst du das Land ...?" ist eine authentische Sozialberichterstattung über das Italien von 1931. K. stammt aus der bündischen Jugend. deren Mitglieder die verschiedensten Wege gingen. K. hatte sich der VKP in Niedersachsen angeschlossen und war zum KI-Konkreß getrampt. Er wurde der 1. erste Vorsitzende des Komsomol, persönlicher Sekretär Dimitroffs und nahm teil am Lutetia-Kreis, einem Versuch, im gleichnamigen Hotel in Paris eine Einheitsfront gegen den Faschismus zu schaffen. (Das scheiterte u.a. daran, daß die Sozialdemokraten wegen der Moskauer Prozesse die Verhandlungen verließen.) Kurellas Bruder wurde hingerichtet, weil erals Bucharin-Anhänger beschuldigt wurde. K. hatte sich nach Georgien zurückgezogen. Im 2. Weltkrieg arbeitete er in der Auslandsabteilung der Roten Armee, wo er durch die Analyse abgefangener Feldpostbriefe einen guten Einblick in die Stimmungslage in Deutschland bzw. unter den Soldaten bekam. Nach 1945 war er zunächst wieder verfemt. Ein Diskussionsteilnehmer hat ihn 1956 in Leipzig "live" erlebt, er hatte ein "faszinierendes Erlebnis eines gebildeten Kommunisten".

hu

### Linke Schule Schnepfenthal

## Ankündigung der Sommerkurse

Zum 7. Mal lädt die Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung bei der PDS Thüringen zur Linken (Sommer-)Schule Schnepfenthal

Die Schule beginnt am 27. Juli (Donnerstag), um 13.00 Uhr (Mittagessen vorher möglich) und endet am 30. Juli mittags (Sonntag).

Die Schule findet wie bisher statt im Hotel Hermannstein, 99880 Schnepfenthal (Waltershausen, Thüringen), Tel. (03622)2917. Die Unterbringung erfolgt in Zwei- oder Dreibettzimmern. Die Kosten für Vollpension betragen pro Tag DM 52,— (minus DM 5,— im Dreibett- und plus 10,— DM im Einzelzimmer).

Der Ort ist zu erreichen: Mit dem Auto von der A4 die Abfahrt Walterhausen nehmen und etwa 6 km in Richtung Friedrichroda fahren; in Schnepfenthal nach der Bahnschranke Hinweisschilder beachten. "Hermannstein" ist gut ausgeschildert. Mit der Bahn: Entweder umsteigen in Fröttstädt (liegt auf der Strecke Eisenach — Gotha) in den Zug in Richtung Friedrichroda; Schnepfenthal hat einen eigenen Bahnhof! Oder umsteigen in Gotha und die Thüringerwaldbahn benutzen. Vom Bahnhof Schnepfenthal sind dann noch etwa 900 m zu laufen. Anmeldung:

Für Teilnehmende aus dem Westen (bitte nur noch schriftlich) bei: GNN-Verlag Hamburg, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax 040/3898331.

Für Teilnehmende aus dem Osten bei: Dieter Strützel, Otto-Worms-Str. 19, 07549 Gera, Tel. 0365/7101988.

## Arbeitsvorhaben der AG Philosophie

Die Planung für den Sommerkurs ist das Ergebnis der Diskussion mehrerer Probleme.

Erstens wurden wir im Zuge der Beschäftigung mit Vertretern der Postmoderne im letzten Sommerund, darauf folgend, der Auseinandersetzung mit Schriften Nietzsches, auf die enorme weiterwirkende Kraft der großen Kultur- und Denktraditionen gestoßen.

Daraus ergab sich ein wachsendes Interesse, einen Blick auf die Herkunft des modernen Denkens zu werfen.

Zweitens hatten wir immer wieder besprochen, wie vermieden werden kann, daß die Auseinandersetzung mit philosophischen Fragen in unserer AG immer spezieller und schwerer zugänglich wird, und wie ein Einstiegskurs in Sachen Philosophie aussehen könnte; es spricht viel dafür, sich beim Lernen an der geschichtlichen Entwicklung zu orientieren, d.h. vorne anzufangen.

Drittens hat sich in unseren bisherigen Kursen gezeigt, daß zur Auseinandersetzung mit Quellentexten der Philosophie auch Kenntnisse der geschichtlichen Bedingungen gehören, die keineswegs einfach vorausgesetzt werden dürfen.

Viertens gab es bei der letzten Schule eine Mei, nungsverschiedenheit, wie eine Auseinandersetzung mit dem Thema Antiseminismus angegangen werden könnte.

Vor diesem Hintergrund wollen wir im Sommer folgendes unternehmen:

1. Wir werden anhand von Auszügen aus klassischen Texten von Aristoteles (Nikomachische Ethik), Platon (Politeia) und Cicero (Über das rechte Handeln) diskutieren können, wie sich die Begriffswelten der Person, des Gemeinwesens und des Rechts in der vorchristlichen Zeit bilden.

Dazu wollen wir versuchen, durch die Augen eines der römischen Geschichtsschreiber einen Blick auf das politische und gesellschaftliche Leben der Zeit zu werfen (Text ist noch unklar).

Außerdem werden wir versuchen, der Bedeutung die der bewußte Rückgriff auf diese Denktradition in der frühbürgerlichen Zeit hatte, am Beispiel eines Textes von Macchiavelli nachzugehen.

Die Texte werden wie immer fotokopiert vorliegen. Erreichbares Kursziel ist eine Einführung in die Lektüre dieser — insgesamt ziemlich umfangref!

chen — Werke, so daß für interessierte Teilnehmende auch eine eigenständige Weiterbeschäftigung möglich wird.

2. Zur Fortführung der Auseinandersetzung mit den großen Traditionen könnten wir uns dann im Sommer mit Texten aus den Entstehungsphasen des Judentums, des Christentumes und des Islams, vor alfem unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Staat und Religion, von weltlicher und geistlicher Gewalt; damit wäre auch die Möglichkeit gegeben, etwas zur geschichtlichen Entwicklung und Herkunft des Antisemitismus zu erarbeiten. — Ob es so ähnlich weitergeht oder ganze anders, auch darüber muß im Sommer gesprochen werden.

Bericht über die vorbereitenden Diskussionen: Martin Fochler, Christiane Schneider

#### AG Geschichte Literatur für die Arbeitsgruppe Geschichte — Thema Preußen

Zur Vorbereitung haben Mitglieder der Arbeitsgruppe verschiedene Bücher gelesen und schlagen die genannten Kapitel zur Lektüre vor.

Wir schicken Euch auf Wunsch Kopien der jeweiligen Kapitel nach Eurer Anmeldung für die Sommerschule zu.

1. Ernst Engelberg

 $Bismarck-Das\ Reich\ in\ der\ Mitte\ Europas$  Akademie-Verlag, Berlin, 1990.

Diese Biographie betrachtet den Zeitraum von 1871 (Reichsgründung und Niederschlagung der Pariser Kommune) bis zum Jahr 1898, dem Todesjahr Bismarcks.

Auf insgesamt 650 Seiten werden sehr detailliert die innen- und außenpolitischen Vorgänge aus diesen Jahren wiedergegeben und bewertet.

Mir ist das Lesen anfangs schwergefallen, weil mir manche Grobkenntnisse gefehlt haben. Ich hatte Probleme, einzelne Ereignisse in einen Zusammenhang der politischen Abläufe einzuordnen.

Das soll nicht als Kritik an Engelbergs Werk verstanden werden, das eine Bismarck-Biographie sein will, sondern als Problem für unsere Arbeitsgruppe.

Eine Lösung wäre, ergänzend zu den unten angeführten Ausschnitten aus Engelbergs Buch weitere

Der Rundbrief erscheint seit 1990. Er wird im Rahmen von "Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung — Arbeitsgemeinschaft bei der PDS" zusammengestellt.

Herausgeberkreis und Redaktion:

Eva Bulling-Schröter, Ingolstadt; Sabine Fache, Altenburg; Martin Fochler, München; Christiane Schneider, Hamburg; Dieter Strützel, Gera.

#### Redaktionsanschrift:

GNN Hamburg, Palmaille 24, 22767 Hamburg Telefon: 040/381393, Fax: 040/3898331 Verantwortlich: Christiane Schneider.

Seit Sommer 1994 erscheint der Rundbrief als Beilage zu den "Politischen Berichten". Vorgesehen sind drei Ausgaben pro Jahr. Für Bezieherinnen und Bezieher der "Politischen Berichte" ist die Lieferung im Abopreis inbegriffen.

Weiterhin möglich bleibt die Bestellung der Ausgaben des Rundbriefs, gegen 10 DM pro Jahr. Bestellungen bitte richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.

Spenden für die Herstellung und Verbreitung des Rundbriefes erbitten wir auf das Konto des GNN-Verlags in Köln: Postbank Köln, Konto Nr. 10419-507, BLZ 37010050, Stichwort: ARGE-Rundbrief. Schriften vielleicht auch von Zeitgenossen Bismarcks wie Marx, Engels, Bebel etc. heranzuziehen.

Um einen Eindruck zu bekommen von der Biographie, schlage ich vor, folgende Abschnitte zu lesen:

- Einleitung, Seite 1-7
- Friedensschlüsse und Pariser Kommune, Seite 9-34
- Lassalleaner und Marx-Anhänger vereint gegen Bismarck, 209-223
- Sozialistengesetz und Schutzzollgesetze, 297-309
- Vertanes Erbe, 641-649

Vorbereitung: H. Beyerlein

2. Ingrid Mittenzwei

Friedrich II. von Preußen — eine Biographie. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin, 1990.

- Das Jahr 1940, Seite 37-49
- $-\,$  Die Eroberung Schlesiens, Seite 54-59
- Das "Politische Testament" von 1752, Seite 101-103
- Krisenjahre in Preußen, Seite 142-191
- Das Ende Friedrichs und des aufgeklärten Absolutismus, Seite 201-207

Vorbereitung: D. Strützel

3. Friedrich Schlotterbeck

Im Rosengarten von Sanssouci. Halle, Mitteldeutscher Verlag, 1968

- Portrait eines Königs, Seite 61-87
- Der Müller von Sanssouci, Seite 166-192 Vorbereitung: D. Strützel

4. Franz Mehring

 $Die\ Lessinglegende$ 

- Der brandenburgisch-preußische Staat, Seite 80-111
- Friedrichs aufgeklärter Despotismus, Seite 112-153

Vorbereitung: R. Steffens

5. Heinz Knobloch Herr Mendelsohn in Berlin

Vorbereitung: J. Detjen

R. Steffens

#### Themen der AG Wirtschaft

Folgende Themen sind in Vorbereitung:

- Wirtschaftspolitik parlamentarische Vorhaben der PDS-Landtagsfraktion Thüringen; wirtschaftspolitische Vorhaben der PDS-Bundestagsgruppe (Donnerstag)
- Umbruch der gesellschaftlichen Betriebsweise, Zwischenbilanz Lean-production; gewerkschaftliche Strategiediskussion, Arbeit 2000, moderne Tarifpolitik (dazu Berichte aus der Diskussion der Einzelgewerkschaften) (Freitag)
- Exkursion in den ländlichen Raum (Samstag)
- $\ Wohnungsbau \ / \ Genossenschaftswesen \ (Sonntag)$

#### AG Europastrategien

Am Samstag nachmittag findet eine Tagung der Arbeitsgruppe Europastrategien der BWK-Bundeskonferenz statt, die sich mit der wirtschaftlichen Dimension der europäischen Einigung befaßt. Dabei werden u.a. die Assoziationsabkommen mit den osteuropäischen Staaten untersucht.

Die AG Wirtschaft und die AG Geschichte werden am Samstag nachmittag nicht tagen, damit die Teilnehmer und Teilnehmerinnen dieser AGs an der europapolitischen Diskussion teilnehmen können. Weitere Interessierte werden um Anmeldung gebeten.

(Aufgrund schlechter Erfahrung weisen wir darauf hin, daß die Kosten für die Unterbringung nach der Anmeldung auf jeden Fall bezahlt werden müssen, auch wenn die Teilnahme verhindert ist!)

#### Thema Diskussionsabend

Für die traditionelle gemeinsame Diskussionsveranstaltung am Freitag, den 28.7., ist das Thema PDS: Sozialistische Partei in ganz Deutschland im Lichte der Erfahrungen der Bremer Bürgerschaftsund der NRW-Landtagswahlen sowie der Tarifkämpfe 1995 vorgesehen.

Anzeigen

# Antifaschistische Nachrichten

#### Alle zwei Wochen . . .

- Nachrichten, Berichte und Dokumente über antifaschistische Aktionen
- Meldungen und Hintergrundinformationen über faschistische Organisationen
- regelmäßige Beobachtung der faschistischen Presse
- Informationen zur Asyl- und Ausländerpolitik, zu Revanchismus und Militarismus

Halbjahres-Abo 36,40 DM, Jahres-Abo 72,80 DM incl. Porto. Schülerabo 54,- DM

Bestelladresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.

Tel.: (02 21) 21 16 58, Fax: (02 21) 21 53 73



#### Neuerscheinung:

Maxi Wartelsteiner, Rückkehr unerwünscht. Schwul-Sein und das ewig gesunde Volksempfinden.

Die Biografie eines Schwulen in der DDR, der die KZ-Haft als "Rosa-Winkel-Häftling" überlebte.

ISBN 3-929994-29-1, 19,80 DM.

Erhältlich in jeder guten Buchhandlung oder direkt bei:

GNN-Buchversand, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Telefon 03 42 04 / 657 11, Fax: 03 42 04 / 658 93.

#### Thesen zur Diskussion

## Deutschland fünf Jahre vor der Jahrtausendwende — Zur Strategie der PDS in den nächsten Jahren

Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt.
Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.
Die Gewalt versichert: So wie es ist, bleibt es. Keine Stimme ertönt außer der Stimme der Herrschenden.
Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut: Jetzt beginne ich erst.
Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt: Was wir wollen, geht niemals.
Wer noch lebt, sage nicht:
Niemals! Das Sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Bertolt Brecht

Auf seiner ersten Tagung hat der 4. Parteitag den Bundesvorstand beauftragt, den Meinungsaustausch zu den von ihm vorgelegten "10 Thesen" zu befördern, Alternativpositionen, Änderungsanträge und weitere Stellungnahmen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

In diesem Sinne stellen wir, vom Parteiprogramm ausgehend, die nachstehenden Überlegungen zur Diskussion. Gerade in der gegenwärtig nicht einfachen innerparteilichen Situation halten wir das für besonders wichtig. Wir gehen davon aus, daß unsere Gedanken im Geist der Toleranz, der Solidarität, Transparenz, Ehrlichkeit und Vielfalt aufgenommen werden.

# I. Der gewöhnliche Kapitalismus in Deutschland

 Fünf Jahre nach dem Anschluß der DDR an die BRD zeichnen sich die Konturen der in ganz Deutschland errichteten sozialen Ordnung immer schärfer ab.

Selbst ein längerfristiges Wirtschaftswachstum könnte die sozialen Probleme — vor allem die Geißel der Massenarbeitslosigkeit — nicht mehr kompensieren. Struktur- und Konjunkturkrisen verschärfen diese Widersprüche. Die Innovationskraft der Wirtschaft vermindert sich. Finanzanlagen und Währungsspekulationen machen als günstigere Kapitalverwertungsmöglichkeiten die Wirtschaft immer anfälliger für Finanz- und Währungskrisen.

Die ökologischen Belastungen verstärken sich; ihre Folgen werden zunehmend irreparabel. Das große Kapital unternimmt keine ernsthaften Schritte zu ihrem Abbau. Weder Klimagipfel noch die Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag brachten erkennbare Fortschritte.

2. Die deutsche Großbourgeoisie, die seit langem die Politik des sozialen Kompromisses und der Milderung sozialer Konflikte zu den Akten gelegt hat, konnte seit dem Anschluß der DDR ihre neokonservative Deregulierungspolitik ungehindert und wesentlich verschärft realisieren. Mit noch größerem Nachdruck und Tempo wird ein Kurs sozialer Konfrontation und des unerbittlichen Sozialabbaus verfolgt.

Unmittelbar nach den Bundestagswahlen vom Oktober 1994 präsentierte die deutsche Großbourgeoisie ihr Forderungsprogramm.

Es findet seinen konzentriertesten Ausdruck in der Debatte zum "Standort Deutschland", in den im Murmann-Papier fixierten Forderungen der Arbeitgeberverbände, in der These vom "schlanken Staat" und besonders spürbar in der faktischen Freigabe der Mietpreise und der Fortführung der sogenanten "Gesundheitsreform". Dem Wesen nach geht es den Herrschenden um zweierlei:

— um die Umverteilung der finanziellen und materiellen Fonds zu Lasten der Werktätigen und damit die Senkung ihrer Lebensqualität auf den international (zunächst im EG-Rahmen) niedrigsten Standard

— um den beschleunigten Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung für die soziale Sicherung der Bürger (nicht zuletzt durch forcierte Privatisierung) und die Reduzierung seiner Rolle darauf, Machtinstrument nach außen sowie Disziplinierungs- und Unterdrückungsinstrument nach innen zu sein.

Die Bundesregierung versteht die Kapitalinteressen als Handlungsprogramm und verwirklicht sie

beflissen. Das soziale Roll back ist in solchem Umfang und Tempo nur durch den Wegfall der Systemkonkurrenz möglich geworden.

Dem sozialen Roll back entspricht politisch die Bewegung aller etablierten Parteien nach rechts, besonders von CDU und CSU. Das führt auch dazu, daß die herkömmlichen konservativen Parteien einen beträchtlichen Teil des rechtsradikalen Wählerpotentials für sich sammeln konnten. Die Stimmenverluste der Republikaner dürfen über real bestehende Gefahren nicht hinwegtäuschen. Viele Forderungen der Rechtsradikalen — so die Einschränkung des Asylrechts und die verschärfte Abschiebung von Ausländern — sind in Deutschland (wie auch in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern) Regierungspolitik. Das verdeutlicht, in welchem Grade die bürgerlich-demokratischen Rechte im Kapitalismus gefährdet sind.

Die auf Demokratieabbau gerichtete Innenpolitik der BRD und ihre zunehmend expansiver werdende und sich militarisierende Außenpolitik sind untrennbar verbunden. Bei der Neuordnung der Welt will Deutschland — das dritte Mal in diesem Jahrhundert — ökonomisch, politisch und auch militärisch mit vorn sein.

3. Die Variante der kapitalistischen Gesellschaft, die sich 5 Jahre nach dem Anschluß der DDR an die BRD in Ostdeutschland herausgebildet hat, unterscheidet sich erheblich von jener in Westdeutschland.

Die brutale Einführung der Marktwirtschaft hat unter maßgeblicher Mitwirkung der Treuhand zur Deindustrialisierung und wirtschaftlichen Verödung Ostdeutschlands geführt, weit über das Maß hinaus, das sich mit dem Zusammenbruch traditioneller Ostmärkte oder mit dem Endzustand der DDR-Wirtschaft erklären ließe. Ohne Rücksicht auf Folgen wurden im ökonomisch schwächeren Osten potentielle Konkurrenten ausgeschaltet.

Liquidation, Abwicklung, Privatisierung und gnadenlose Durchsetzung des Prinzips "Rückgabe vor Entschädigung" haben historische Strukturen zerstört, ohne etwas wirklich Neues an ihre Stelle zu setzen, vernichteten Zehntausende Existenzenund bedrohen immer noch viele Tausende ehemalige DDR-Bürger.

Investitionsanreize und andere Förderungsmaßnahmen wurden massenhaft mißbraucht und hatten nur begrenzt Erfolg. Sie dienten vor allem den großen westdeutschen Unternehmen. Das Verhältnis von Industrie und Dienstleistungen sowie die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe sind nach wie vor gestört.

Die Sockelarbeitslosigkeit bleibt hoch. Die Armut nimmt zu, besonders in ihrer krassesten Form, der Obdachlosigkeit. Im Hinblick auf Entlohnung und Einkommen werden die ostdeutschen Werktätigen weiterhin diskriminiert. Viele, besonders junge Menschen versuchen, ihre individuellen Probleme durch Weggang nach Westdeutschland zu lösen. Abwanderung, Geburtenrückgang und Verkürzung der Lebenserwartung haben seit 1990 die Bevölkerungsentwicklung Ostdeutschlands in dramatischer Weise beeinflußt.

Die Oberschicht Ostdeutschlands wird, von einigen "Vorzeigeossis" abgesehen, aus dem Westen gestellt. Die (verglichen mit Westdeutschland) ökonomisch und zahlenmäßig schwachen Mittelschichten haben starke traditionelle und soziale Bindungen an die DDR.

Die größten Verliererinnen und Verlierer des Anschlusses der DDR finden sich unter den Frauen und in der Jugend Ostdeutschlands.

Sie trifft weit über dem Durchschnitt liegende Arbeitslosigkeit, Mangel an Ausbildungsplätzen und Dequalifizierung. Durch eine entwürdigende Gesetzgebung zur Schwangerschaftsunterbrechung und den Abbau der Kindereinrichtungen wurden die Frauen entscheidender Elemente der Gleichstellung und Selbstbestimmung beraubt, die sie in der DDR hatten. Obgleich viele zu arbeiten wünschen, werden sie zunehmend wieder in Kinderzimmer und Küche zurückgedrängt. Die soziale Unsicherheit und das Fehlen einer gesellschaftlichen Perspektive fördern Konformismus und zugleich Haltlosigkeit. Das ist der Boden, auf dem die Kriminalitätsrate

wächst.

Die Regierung und die Justiz der BRD verschärfen die politische, moralische und rechtliche Diskriminierung aller, die mit der DDR verbunden waren. Sie kriminalisieren ihre Repräsentanten und ganze Bevölkerungsgruppen.

Ostdeutschland ist zu einer wirtschaftlich langfristig unterentwickelten, auf Zufuhr von Waren, Technologie und Wissenschaft angewiesenen, demographisch deformierten, aus eigener Kraft zu einem Aufschwung unfähigen, politisch diskriminierten Region der Bundesrepublik geworden.

Im Ergebnis festigen sich aber das Selbstbewußtsein und das Identitätsbewußtsein vieler "Ossis" eher, als daß sie sich abschwächen. Die PDS muß in einem staatsrechtlich vereinheitlichten, ansonsten jedoch auf lange Sicht doppelt zweigeteilten Staat wirken: ökonomisch, sozial, politisch und geistig geteilt zwischen oben und unten und zugleich zwischen Ost und West. Dieser Tatsache muß jede Strategiebestimmung Rechnung tragen.

Die zentrale Frage der nächsten Jahre besteht dars in, die Offensive des Kapitals aufzuhalten und nicht weiter in politische Resignation zu weichen.

## I. Veränderung beginnt mit Opposition

Mit diesen Worten war die PDS im Wahlkampf erfolgreich.

1. Opposition zielt sowohl auf Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems als auch langfristig auf dessen Überwindung, auf die Verwirklichung der grundlegenden sozialistischen Zielstellung der PDS. Dazu heißt es in ihrem Programm: "Es muß darum gehen, die von Profit und Kapitalverwertung bestimmte Entwicklung der Gesellschaft zugunsten einer Entwicklung zu überwinden, die von der Verwirklichung gemeinschaftlicher Interessen geprägt ist."

Einig sind wir uns in der Partei auch, daß die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums überwunden werden muß. Wir betrachten es für Linke als normal, daß die Debatte über eine mögliche Arf und Weise der Lösung der Eigentumsfrage in Anbetracht des heutigen Weltzustandes noch nicht abgeschlossen sein kann. Zu keinem Zeitpunkt darf die PDS jedoch auf grundlegende antikapitalistische Opposition verzichten; auch das resultiert aus dem Weltzustand. Deshalb ist im Parteiprogramm der antikapitalistische Charakter der PDS festgeschrieben. Ohne ihn würde die oppositionelle Unverwechselbarkeit der PDS preisgegeben werden.

2. Eine Strategie zur Umsetzung des PDS-Wahlprogramms vom März 1994 ist — da mittelfristig angelegt — auf die Reformbestrebungen der Partei ausgerichtet und geht davon aus, daß diese der engen Verzahnung von außerparlamentarischer und parlamentarischer Opposition bedürfen. Die PDS wird jedes Bündnis eingehen, das der Verteidigung und dem Ausbau der sozialen und politischen Rechte der Werktätigen und sozial Schwachen dient, jedes Bündnis, das hilft, die rechtskonservative Entwicklung in Deutschland zu stoppen und zurückzudrängen, und welches einer neuen deutschen Großemachtrolle, faschistischen und faschistoiden Tendenzen entgegenwirkt.

3. Die etablierten Parteien bemühen sich, die PDS auszugrenzen. Wenngleich Ausgrenzung noch im Vordergrund steht, wird zunehmend versucht, die PDS in das Herrschaftssystem zu integrieren und sie durch Spaltung zu schwächen.

Mit diesem Ziel wird auf die PDS Druck ausgeübt, um sie auf eine antikommunistische Linie festzulzgen. Verlangt wird der Verzicht auf den Kampf um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen und damit auf das sozialistische Ziel der Partei. Gefordert wird die pauschale Distanzierung der PDS von der DDR-Vergangenheit und die Akzeptanz der "Unrechtsstaat"-These. Ließe sich die PDS auf diese Forderungen ein, würde sie sich politisch überflüssig und daher bedeutungslos machen.

4. Die Oppositionshaltung der PDS ist weder der Ausgrenzung durch andere Parteien geschuldet noch ist sie eine Abwarteposition im Vorfeld von Regierungsbänken. In Ausnutzung aller demokratischen. Möglichkeiten ist ihr parlamentarisches und außerparlamentarisches Wirken darauf gerichtet, dem ökonomischen, sozialen und politisch-psychologischen Druck des kapitalistischen Systems auf die Schwachen und Benachteiligten, auf die letztlich ökonomisch Abhängigen (wie ihre momentane soziale Situation auch immer sein mag) entgegenzuwirken. Es geht zunächst um praktisches Wirken für deren konkrete Interessen.

Eine in diesem Sinne konsequent betriebene Politik wird die Grenzen, welche das auf Profitmaximierung beruhende System Reformen setzt, nicht nur in der Praxis ausloten, sondern auch den Betroffenen erfahrbar machen.

Die PDS, die ihr angehörenden Parlamentarier und staatlichen Amtsträger dürfen sich nicht durch Koalitionen oder Tolerierungsabkommen in das herrschende System und seine "Sachzwänge" einbinden lassen. Das würde ihren politischen Verschleiß unausbleiblich machen. Es ist an der Zeit, nüchtern zu analysieren, welche Erfahrungen die Tolerierung der rosa-grünen Regierung in Sachsen-Anhalt zutage bringt, diese in der gesamten Partei zu diskutieren und Schlußfolgerungen abzuleiten.

5. Im Oktober 1994 wurde die PDS auch in Westdeutschland und Westberlin vor allem als linke, nichtetablierte Oppositionspartei gewählt. Viele ihrer Wähler waren von dem zunehmenden Konformismus und Machtstreben der SPD und auch der Grünen enttäuscht. Die PDS hat nur dann eine Perspektive, wenn sie nicht versucht, sich in das bestehende Parteiengefüge einzuordnen. Vielmehr muß sie eine gesellschaftliche Alternative verkörpern, indem sie unbeirrt — auch von Bindungen in Strukturen — die Interessen der Werktätigen vertritt. Sie soll eine für alle Linken und Humanisten offene Partei und Teilnehmer breiter progressiver Bündnisse sein.

6. In den ostdeutschen Ländern und in Ostberlin ist die PDS zu einer unübersehbaren politischen Kraft geworden. Sie wird auf allen Ebenen ihren Einfluß nutzen, um gegen jede Form der sozialen, moralischen wie rechtlichen (insbesondere strafrechtlichen) Diskriminierung und Ausgrenzung von Bürgern der DDR aufzutreten. Die PDS wird gegen die Entstellung der Geschichte der DDR und die Herabwürdigung der Identität der DDR-Bürger auftreten; sie wird auf die Erfahrungen und bewahrenswerten Traditionen der DDR zurückgreifen, das in ihr sozial und kulturell Erreichte der gesamtdeutschen Entwicklung als Spiegel vorhalten. Gerade weil wir Verzerrungen und Entstellungen des vergangenen Sozialismus deutlich benennen und radikal kritisieren, verzichten wir nicht auf jene Ideale, die das in der DDR dominierende Wertesystem wesentlich mitprägten.

Andererseits darf die PDS sich nicht darauf einrichten, ostdeutsche Regionalpartei zu sein. Das verbietet sich sowohl wegen der staatlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen ihres Wirkens als auch deshalb, weil tiefgehende Reformen sich im regionalen Maßstab nicht durchsetzen lassen. Der Westausbau der PDS ist unabdingbar.

#### III. Unsere Hauptforderungen

1. Dem marktradikalen Kurs der deutschen Großbourgeoisie auf Privatisierung und den Abbau von Sozialleistungen wird die PDS Widerstand leisten. Vor allem stellt sie sich der "Entwicklung" entgegen, Wohnen, Bildung, Gesundheit sowie Sicherheit im Alter und bei Krankheit wieder ausschließlich zur Ware zu machen. Die PDS kämpft um die Erhaltung der bestehenden sozialen Rechte, die Gewährleistung der Bestandteile des sozialen Netzes mindestens auf heutigem Niveau. Der Forderung von Gewerkschaftsvertretern auf den Maikundgebungen 1994, "Klassenkampf von unten" zu führen, schließen wir uns an.

2. Das Recht auf Arbeit ist elementares Menschenecht. Wir fordern von der Regierung arbeitsplatzschaffende Maßnahmen. Die PDS wird sich für folgende Forderungen einsetzen und alle, insbesondere gewerkschaftlichen Aktionen zu ihrer Verwirklichung unterstützen:

 die Beendigung der Reallohnsenkung und Kapjung von Sozialleistungen und damit die Stabilisierung und Hebung der Massenkaufkraft;

— öffentliche Investitionen zum Zwecke der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse, zur Verbesserung der sozio-kulturellen Infrastruktur sowie der Wohnungssituation, zur Freisetzung von Innovationspotential für einen nachhaltigen Umgang mit



natürlichen Ressourcen und eine ökonomisch und sozial wirksame Kooperation mit den unterentwikkelten Ländern.

— Erhalt und Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung mit tariflicher Bezahlung und Umwandlung in feste Arbeitsplätze. Der öffentliche Beschäftigungssektor muß langfristig vor allem auf ökologische Sanierung, Sozial- und Krankenbetreuung, Bildung und Kultur orientiert sein. Frauen, Alleinerziehende, Schulabgänger Behinderte und Langzeitarbeitslose sind besonders zu berücksichtigen. Neue Unternehmensformen (Genossenschaften, Alternativunternehmen, Sozialbetriebe) sind zu fördern.

— Verkürzung der Arbeitszeit und auf dieser Grundlage neue, gesetzlich geschützte und tariflich vereinbarte Arbeitszeitmodelle vorrangig im Interesse der Arbeitenden. Anerkennung der Arbeit in der Familie, in der Kultur und zur Erhaltung der Natur.

Es darf keine weiteren Erhöhungen der Mieten und Verkehrstarife geben. Vielmehr bedarf es staatlicher Subventionen für Erhaltungs- und Verbesserungsinvestitionen bei Wohnungen. Wir fordern die gesellschaftliche Kontrolle der Verwendung dieser Mittel unter Einbeziehung der Mieter, der Gewerkschaften, der Kommunalverwaltungen und der Eigentümer. Staatliche Investitionshilfen beim Wohnungsbau sollen ausschließlich gemeinnützigen Genossenschaften zugutekommen.

Es darf keine weiteren Kürzungen der Arbeitslosenunterstützungen geben. Die Sozialhilfe muß zumindest unangetastet bleiben. Um ihre Erhöhung für Deutsche und Ausländer gleichermaßen ist zu ringen. Im Krankheitsfall darf es keine zusätzlichen, von Patienten zu tragenden Aufwendungen für Medikamente, Krankenhausaufenthalt u.a. geben. Die erforderlichen staatlichen Mittel sind vor allem durch eine Besteuerung nach den finanziellen Möglichkeiten aufzubringen.

Jedem Schulabgänger muß es möglich sein, eine Lehrstelle zu erhalten. Die Differenz zwischen den von privaten und öffentlichen Unternehmen angebotenen und der Nachfrage nach Lehrstellen ist jährlich durch ein Sonderprogramm der Bundesregierung zu kompensieren.

Die PDS erarbeitet spezielle Maßnahmen für ihren parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf um die Sicherung der Berufsausbildung für alle Schulabgänger und damit für eine erträgliche Perspektive für die junge Generation.

Alten Menschen muß ihr soziales Umfeld erhalten bleiben. Hilfen und Unterstützungen sollen, wenn irgend möglich, Selbstbestimmtheit nicht einschränken. Betreutes Wohnen und Heimplatzversorgung dürfen weder zur Altersenteignung noch zu finanziellen Belastungen der Familienmitglieder führen. Wir treten für eine Pflegeversicherung ein, die auf der Verantwortung der ganzen Gesellschaft basiert, indem sie steuerfinanziert wird. Konsequent wenden wir uns gegen das Rentenstrafrecht.

Zugleich wird die PDS Maßnahmen für eine aktive Regional-, Struktur- und Beschäftigungspolitik im Osten Deutschlands initiieren und ihre Durchsetzung unterstützen. Sie tritt für den Schutz des

Eigentums der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, der Handwerker, Kaufleute und Bauern ein, deren Zukunft ebenso gefährdet ist wie die der abhängig Beschäftigten.

Erforderlich sind der weitere Ausbau innerbetrieblicher Mitspracherechte sowie die Entwicklung überbetrieblicher Mitbestimmungsformen. Aktiv arbeiten wir als Gewerkschaftsmitglieder. Anzustreben sind staatliche Rahmenplanung und gesamtwirtschaftliche wie regionale Wirtschaftssteuerung. Insbesondere sind gemeinnützige und genossenschaftliche Betriebsformen sowie die Stärkung der Kommunen angesagt.

3. Die PDS führt den Kampf gegen den weiteren juristischen und sozialen Abbau der Selbstbestimmung und der Rechte der Frau in Beruf und Familie, besonders des Rechts auf Arbeit und eigenes Einkommen, gegen den §218 des Strafgesetzbuches, aber auch gegen alle Versuche, die patriarchalische Bevormundung der Frau durch die Gesetzgebung in der Verwaltungspraxis noch weiter zu verschärfen.

Dazu gehören nicht nur gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, sondern auch reale Gleichheit im Zugang zu Berufen, in Politik, Wissenschaft und Kultur, gerechte Verteilung der Arbeitszeit zwischen Frauen und Männern.

Wir setzen uns für den Ausbau und die Bezahlbarkeit der Kitas ein, auch als wesentliche Voraussetzung der vollen Erwerbstätigkeit der Frauen. Gleichstellungsregelungen sind in alle Betriebsvereinbarungen, Tarifverträge sowie in das Betriebsverfassungsgesetz aufzunehmen. Alleinerziehende sind besonders zu berücksichtigen.

4. Solange nicht eine neue, demokratische Verfassung des vereinigten Deutschland ausgearbeitet ist, wird die PDS Widerstand gegen die weitere Aushöhlung bürgerlich-demokratischer Rechte leisten, für die Sicherung der verfassungsmäßigen Grundrechte eintreten und Vorschläge zu deren Erweiterung unterbreiten. Sie betrachtet die Verteidigung des Grundgesetzes als eine elementare Aufgabe.

Im parlamentarischen und außerparlamentarischen Wirken wird die PDS vielfältige Formen der Selbsttätigkeit Betroffener unterstützen, sich an ihnen beteiligen und für politische Formen wie Runde Tische eintreten.

Die PDS wirkt dafür, daß die Bürger vor Kriminalität geschützt leben können. Soziale Sorgen durch eine gerechtere Verteilung des Sozialprodukts zu mindern und gleichzeitig die mentale Verelendung zu bekämpfen, ist der eigentliche Weg, die ra-Kriminalitätsentwicklung einzudämmen. Nicht die Perfektionierung der Überwachung wird Abhilfe schaffen, auch nicht die Verschärfung von Strafdrohungen, und schon gar nicht ein wachsendes staatliches Gewaltpotential. Die bürgerliche Demokratie darf nicht noch weiter abgebaut werden. Die immer brutaler werdenden Polizeieinsätze gegen linke Demonstranten und Antifaschisten werden von der PDS öffentlich verurteilt. Die PDS verlangt die Bildung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, die sich mit Polizeiübergriffen befassen.

5. Die PDS führt den Kampf gegen die geistige



und emotionale Verelendung großer Teile der Bevölkerung, besonders der Jugend. Auch diese spezifische Verelendung macht die Menschen wehrlos und zugleich äußerst anfällig für Entsolidarisierung, für den Kampf eines jeden gegen jeden, für das haßerfüllte Abwälzen der eigenen Probleme auf die Schwächsten der Gesellschaft, die sozial Benachteiligten und die Ausländer.

Wir wehren uns gegen Verdummung und Brutalisierung, die durch die Massenmedien befördert werden. Sie sollen Menschen glauben machen, ihr Dasein sei schicksalhaft unveränderlich. So will man sie hindern, gesellschaftliche Prozesse auch nur im Ansatz zu begreifen und Ursachen für die eigene Lage zu erkennen.

Als linke Partei ist die PDS zu einem eigenständigen Beitrag für die Entwicklung einer alternativen Kultur verpflichtet, die sich dem profitorientierten kommerziellen, von Flachheit bestimmten offiziellen Kulturbetrieb entgegenstellt. Alternative Kultur bemüht sich um neue Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens, gesellschaftlicher Verantwortung und sozialen Kampfes. Sie löckt in ihren intellektuellen Ansprüchen konsequent wider den Stachel der veröffentlichten Meinung und beugt sich dem Zeitgeist nicht, auch nicht in den heißen Phasen des Wahlkampfes.

Die PDS bekennt sich unabhängig von tagespolitischen Erwägungen zu humanistischen und sozialistischen Werten, wie es ganz besonders junge Leute von ihr erwarten. Sie bemüht sich um ein enges, produktives Verhältnis zu Künstlern und Wissenschaftlern. Intellektuellenfeindlichkeit ist ihr fremd. Die PDS veranstaltet jährlich gemeinsam mit Bündnispartnern eine Woche der linken Kultur und Kunst.

6. Wir wenden uns gegen die Versuche, auch auf dem Gebiet der Bildung unter dem Schlagwort "Deregulierung" die öffentliche Verantwortung des Staates zurückzunehmen, die Mittel zu kürzen und die Verwaltung des Mangels den Bildungseinrichtungen zuzuschieben sowie die Abhängigkeit der Hochschulen von der Industrie zu verstärken.

Die PDS kämpft gegen alle den Zugang der Jugend zu Bildung und Kultur verwehrenden sozialen Schranken, gegen die Wiederherstellung des Bildungsprivilegs in Ostdeutschland. Sie setzt sich für den Erhalt der Gesamtschulen und die Förderung der Ganztagsschule ein. Sie fordert eine soziale Grundsicherung für Studenten (Ersetzung der elternabhängigen Zahlungen entsprechend dem BaföG durch nicht rückzuzahlende Stipendien).

Die PDS setzt sich für eine emanzipatorische, antifaschistische und antirassistische Jugend- und Bildungspolitik ein, die nicht zuletzt zu aktivem Handeln befähigt. Sie verlangt die großzügige Förderung entsprechender Kinder- und Jugendprojekte und entwickelt selbst solche Initiativen. Die PDS unterstützt alle emanzipatorischen Bestrebungen von Jugendlichen, sich selbst zu organisieren, um ihre Interessen zu artikulieren und Jugendprojekte und -vereinigungen zu vernetzen. Sie unterstützt und initiiert Bildungsarbeit Jugendlicher und unter Jugendlichen mit humanistischen, antifaschisti-

schen und sozialistischen Inhalten.

Die PDS fordert die Gewährleistung einer sinnvollen Freizeitgestaltung durch wirksame staatliche Förderung entsprechender Kinder- und Jugendeinrichtungen.

7. Die PDS wird sich mit verstärkter Kraft gemeinsam mit anderen antifaschistischen und antirassistischen Bewegungen gegen Rechtsradikalismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit wenden. Der rapide restriktiver werdenden Ausländerpolitik der BRD setzen wir unsere Solidarität, vor allem mit den gepeinigten Völkern der Dritten Welt entgegen.

Einer zunehmend abgeschotteten Grenze auf der einen Seite steht die wachsende Kriminalisierung und Illegalisierung hier lebender Einwanderer und Flüchtlinge andererseits gegenüber. Ihre in der DDR verbrachten Jahre wurden den ehemaligen DDR-Vertragsarbeiterinnen und -arbeitern aus Kuba, Vietnam, Angola und Mocambique rechtswidrig nicht auf ihren Aufenthaltsstatus in der BRD angerechnet. Die PDS tritt für gleiche Rechte für Einwanderinnen und Einwanderer ein. Sie wendet sich gegen jede weitere Verschärfung des Asylrechts und prangert die unmenschliche Abschiebepraxis an. Sie organisiert Solidarität mit Flüchtlingen, besonders für Kurden, Vietnamesen und von der FIS verfolgte Algerier, denen die Abschiebung droht. Die Solidarität mit Kuba ist uns Herzenssache.

Zur Verwirklichung konkreter antifaschistischer Politik setzt sich die PDS für die Bildung kommunaler antifaschistischer Fonds (auf Kreisebene) ein, die aus den Kreis- und Landeshaushalten finanziert und durch den Bund maßgeblich unterstützt werden. Ihre Aufgaben wären u.a. Erhalt, Aus- und Neubau antifaschistischer Gedenkstätten auf örtlicher Ebene, Schaffung von Dokumentationszentren, welche die Zeit des Faschismus in der Region erforschen, Dokumentation neofaschistischer Aktivitäten, Förderung antifaschistischer Initiativen, besonders unter und mit der Jugend.

Auf Bundesebene ist ein Zentrum für antifaschistische Studien zu schaffen, das u.a. folgende Aufgaben hat: Vernetzung regionaler und internationaler antifaschistischer Organisationen, Initiativen und Stiftungen, umfassende Dokumentation des Faschismus auf der damaligen Reichsebene, Unterstützung von einschlägiger Lehre, Forschung und Fortbildung.

Wir unterstützen die Vorschläge, (in Wiederaufnahme der Tradition der DDR) gesetzliche Gedenktage für die Opfer des Holocaust und für die Teilnehmer des antifaschistischen Widerstandes zu schaffen.

Die PDS wendet sich nachdrücklich gegen alle Versuche der Gleichsetzung von Nazideutschland mit der Staats- undGesellschaftsordnung der DDR und fordert, daß derartige Äußerungen staatlich unterbunden werden.

Wir fordern, jedweden Einsatz deutscher Soldaten im Ausland zu verbieten. Die Gelder für schnelle Eingreiftruppen sind für die Überwindung der Ausbildungsmisere und der Jugendarbeitslosigkeit zu verwenden. Der unwiderrufliche Verzicht Deutschlands auf atomare Bewaffnung und die Atomwaffenfreiheit seines gesamten Territoriums müssen Bestandteil des Grundgesetzes werden.

Als konsequent antimilitaristische Partei bekämpft die PDS nachdrücklich die Produktion von Rüstungsgütern in der BRD sowie den Waffenhandel, den Export des Todes. Besonders verwerflich ist, daß — wie in der Türkei — deutsche Waffen zur Unterdrückung anderer Völker eingesetzt werden.

#### IV. Zum Profil der PDS

1. Im Ergebnis eines Wahlkampfes, der von den anderen Parteien und den bürgerlichen Medien vor allem im Geiste des Antikommunismus geführt wurde, wählten über 2 Millionen Menschen die PDS als das, was sie ist: als plurale Partei, unter deren Abgeordneten sich Arbeiter und Adlige, Schriftsteller, Pfarrer und Gewerkschaftsfunktionäre, DDR-Kritiker und ehemalige Funktionäre der SED, Nichtkommunisten und Kommunisten befinden.

2. Die Entwicklung der PDS wird von ihren Mitgliedern bestimmt. Basisdemokratie ist grundlegendes Parteiprinzip. Die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder verbindet ein Parteikonsens, der seinen Ausdruck in Programm und Statut findet. Der im Programm verkörperte Kompromiß kann nicht in Frage gestellt werden, ohne den pluralen Charakter der Partei zu untergraben.

Die PDS bewahrt die Ideale des Sozialismus. Angesichts der reaktionären Bestrebungen, die historische Situation zu nutzen, um sozialistisches Denken aus Politik und Gesellschaft zu verbannen, kommt der politischen Bildungsarbeit der PDS bezüglich des Umgangs mit der eigenen Theorietradition und ihres Bezuges zur gesellschaftlichen Praxis besondere Bedeutung zu. Sie muß zu kreativem Umgang mit marxistischem Denken beitragen.

Die PDS bekennt sich zur Legitimität des vergangenen sozialistischen Versuchs und arbeitet zugleich an der Analyse der inneren und äußeren Ursachen seines Scheiterns.

Unhistorische Betrachtung geschichtlicher Prozesse ist der PDS fremd. Sie bewertet die sozialistische Entwicklung in europäischen Staaten nach dem 2. Weltkrieg nicht außerhalb der historischen Bedingungen, unter denen sie sich vollzog. Die Partei benennt deutlich jene Züge des sozialistischen Versuchs, in denen er sich als Ansatz einer sozialeren und menschlicheren Gesellschaft zu erkennen gab, und übt radikale Kritik an Verbrechen, Fehlern und Irrtümern, an allem, was zum seinem Untergang beitrug.

Die PDS hat eine antikapitalistische und antifaschistische Orientierung. Sie bekennt sich zu Frieden, Demokratie und Humanismus, verwirklicht internationale Zusammenarbeit und übt Solidarität.

Sie strebt nach sozialer Gerechtigkeit, kämpft gegen soziales Unrecht, für die reale Gleichstellung, insbesondere der Frauen. Sie tritt für die Respektierung und Gleichstellung gesellschaftlicher Minderheiten auf demokratischer und humanistischer Grundlage ein.

Die PDS strebt nach tiefgreifenden Reformen und analysiert besonders sorgfältig jene politischen und sozialen Erfahrungen, die beim Kampf um ihre Durchsetzung gemacht wurden. Hoffnungslosigkeit liegt ihr ebenso fern wie jede oberflächliche Illusion.

3. Die PDS kann nur bestehen, wenn sie der Ellenbogengesellschaft samt deren Anpassung, parlamentarischer Kungelei und Intrigen Solidarität und Ehrlichkeit, Prinzipienfestigkeit, Transparenz und politische Berechenbarkeit entgegensetzt. Kein tagespolitisches Erfordernis schätzt die PDS gering und zugleich richtet sie ihre Strategie nicht nach dem Auf und Ab des tagespolitischen Geschehens; ihre sozialistischen Ziele verliert sie nie aus den Augen.

Ihre politische Handlungsfähigkeit muß aus dem Willen zum Zusammenwirken der unterschiedlichen Richtungen und Strömungen, aus der Achtung der Meinungen von Minderheiten und ihrer Einbeziehung in die Entscheidungsfindung erwachsen. Die offene Diskussion in der Partei hat als Ziel Verständigung und die gemeinsame Aktion — ohne Ausgrenzungen und Manipulation. Die Standpunkte der Parteibasis müssen unmittelbar und aktuell Bestandteil der Entscheidungsfindung sein.

Ellen Brombacher, Dieter Frielinghaus, Sahra Wagenknecht, Heinz Jung, Michael Benjamin, Heinz Marohn, Joachim Bischoff, Moritz Mebel, Ekkehart Sauermann. Die Thesen unterstützt Gerhard Branstner

#### AG LISA

## Die PDS, der lila Faden und der Feminismus

#### VON GUDRUN ASSMANN

Lothar Bisky stellte zu Recht auf der 1. Sitzung des 4. Parteitages fest, daß der Anspruch "Ohne Frau geht nichts" in der PDS sowie für ihre Politik immer weniger realisiert wurde. Dieser Feststellaung ist aus feministischer Sicht nicht zu widersprechen, nur noch dahingehend zu ergänzen, daß der lila Faden der PDS nur noch ein blaß-lila Fädchen ist.

Dies zeigt sich auch immer wieder an den Auseinandersetzungen über das Thema Quotierung. An diesem Thema allein wird deutlich, wie notwendig eine grundsätzliche Debatte innerhalb der PDS zum Thema Feminismus ist.

Deshalb hat die AG LISA, die feministische Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS, auf der 1. Sitzung des 4. Parteitages einen Initiativantrag eingereicht, um als Schwerpunktthema feministische Politik auf einer der nächsten Sitzungen bzw. einem neuen Parteitag zu diskutieren. Dies ist auch deshalb notweng, um die Diskussion zum Thema Feminismus innerhalb der Partei auf eine sachliche Ebene zu bringen, was auch deshalb schwierig zu erreichen ist, da Feminismus in der DDR als bürgerliches Emanzipationsverständnis diskreditiert wurde.

Diese Definition stand in der Tradition des Bebelschen Emanzipationsbegriffes, der die Frauenbefreiung als soziales Problem/als "Frauenfrage" bezeichnete und die im Kapitalismus entstandene Institution Ehe als erstrebenswerte Lebensform für die Arbeiterklasse.

Dieses Emanzipationsverständnis steht im Kontext patriarchal-kapitalistischer Ideologie und wurde ungebrochen von der SED aus der Tradition der Arbeiterbewegung heraus übernommen.

Die daraus erfolgende paternalistische Frauenpolitik der DDR ermöglichte in diesem Rahmen für Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, patriarchale Strukturen im Privaten und Gesellschaftlichen wurden allerdings nicht problematisiert. Nicht überwunden war ebenso die Ideologie der Unterschiedlichkeit der Geschlechter und den darauf basierenden Konstrukten Frau/Mann mit den jeweiligen Zuschreibungen und Normen, des patriarchalen dualistischen Denkens von Mensch-Sein. Diese Zusammenhänge wurden von den Feministinnen im europäischen und außereuropäischen Raum analysiert und trugen wesentlich zur theoretischen Entwicklung der BRD-Frauenbewegung bei. Die linke autonome Frauenbewegung der BRD entstand aus der antiautoritären StudentInnenbewegung, nachdem deutlich wurde, daß linke Männer sich zwar für Frauenbefreiung ausspra-

#### Rahmenstruktur der feministischen AG LISA

#### I. Grundsätze und Ziele

beschlossen auf dem Bundes-Lisa-Treffen am 3./ 4.12.1994 in Altenburg.

1. Lisa ist eine autonome Frauenstruktur, in der Frauen die Möglichkeiten haben, ihre Politikansätze zu entwickeln, zu diskutieren und zu beschließen.

In Lisaengagieren sich Genossinnen und Sympathisantinnen für eine emanzipatorische Gesellschaft, in der jede und jeder gleiche Möglichkeiten zur Findung und Realisierung selbstbestimmter Lebensentwürfe hat.

- 2. Lisa ist eine bundesweite Arbeitsgemeinschaft mit den Zielen:
- □ einen Beitrag zur Entwicklung sozialistischer Alternativen in und zur herrschenden patriarchalen Gesellschaft zu leisten;
- □ eigene Strategien zur Beseitigung frauendis-kriminierender gesellschaftlicher Strukturen und Mechanismen zu entwickeln:
- das Selbstbestimmungerecht der Frau über ihre Lebensweise, ihren Körper und ihre Sexualität einzufordern:
- die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen einzufordern, die mindestens 50 %ige Quotierung aller Ämter und Mandate innerhalb der PDS durchzusetzen und auf die Mindestquotierung aller PDS-Fraktionen hinzuwirken;
- patriarchales Denken und Handeln innerhalb der PDS zu erkennen, zu kritisieren und dem entgegenzuwirken und damit ein ständiges Korrektiv zur PDS-Politik zu sein; sich in alle Politikbereiche der PDS mit alter-
- nativen Vorschlägen einzumischen und so emanzipative Politik als Querschnittsaufgabe der PDS deutlich zu machen.

In diesem Sinne ist Lisa die feministische Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS.

- 3. Lisa ist ihrem Selbstverständnis nach Teil der linken bundesdeutschen und internationalen Frauenbewegung, auf die sie sich ausdrücklich bezieht.
- 4. Innerhalb der Lisa-Strukturen haben Mitglieder und Nicht-Mitglieder der PDS gleiche Rechte.
- 5. Lisa entscheidet autonom über die Inhalte ihrer Arbeit, die Verwendung ihrer finanziellen Mittel und die Besetzung der Lisa zur Verfügung stehenden Stellen.

#### II. Struktur

angenommen auf dem Bundes-Lisa-Treffen in Berlin am 11./12.2.1995

- 1. Lisa-Gruppen bilden sich autonom auf unter-
- schiedlichen Ebenen.
  2. Das Bundes-Treffen ist das höchste Gremium der feministischen Frauenarbeitsgemeinschaft Lisa. Bundes-Lisa-Treffen finden mindestens viermal im Jahr statt.
- 3. Das Bundes-Lisa-Treffen wählt jährlich drei unabhängige und gleichberechtigte Sprecherinnen. Die Sprecherinnen amtieren für ein Jahr, maximal für zwei aufeinanderfolgende Wahlpe-
- 4. Die Sprecherinnen der Lisa organisieren ihre Arbeit eigenverantwortlich. Sie sind an die Beschlüsse der Bundes-Lisa-Treffen gebunden und ihnen rechenschaftspflichtig.

Das Bundes-Lisa-Treffen am 11. / 12.2. 1995 in Berlin wählte als Sprecherinnen:

Gudrun Aßmann, Isestr. 5, 20144 Hamburg Anne Koburger, H.-Colden-Str. 25, 18146 Rostock Christel Wietusch, Neue Jakobstr. 35, 10179 Berlin

chen, aber nicht bereit waren, auf ihre Dominanz zu verzichten, und die Zuständigkeit für Kinder auch nicht als ihr Problem ansahen. Diese Widersprüche führten zum bekannten Tomatenwurf von Helke Sander gegen die Genossen vom SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) und zur Erkenntnis der Notwendigkeit autonomer Frauenstrukturen.

An dieser Notwendigkeit hat sich bis heute nichts geändert, vor allem nicht für Feministinnen, die in "gemischten" politischen Organisationen arbeiten, da die Bedingungen auch keine grundsätzlich anderen sind. Autonome Organisierung meint Frauenstrukturen, die die Möglichkeit eröffnen, sich ohne Männerdominanz mit den Unterdrückungsbedingungen auseinanderzusetzen und eigene Strategien zur Überwindung derselben entwickeln zu können. Linke Feministinnen stehen in "gemischten" politischen Gremien zumeist vor dem Problem "doppelten Loyalität", also in einem Spannungsfeld, in dem Frauen sich oft allzu leicht den Interessen der jeweiligen Organisation unterordnen bzw. die Überwindung der patriarchalen Unterdrückung doch wieder zum "Nebenwiderspruch" wird.

Die feministische autonome Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS AG LISA entstand im Erneuerungsprozeß der Partei, und das Recht auf eigene Frauenstrukturen wurde ausdrücklich im Statut festgehalten.

Im Dezember 1994 wurde nach längerer Diskussion ein neues Selbstverständnis angenommen, das ausdrücklich den Bezug auf die linke autonome Frauenbewegung bestätigt und sich damit gegen andere Feminismusdefinitionen abgrenzt, die sich auf dem "Markt der Möglichkeiten" befinden. Die AG LISA begreift auch Feminismus als Querschnittsaufgabe durch alle Politikbereiche und hat damit grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zum Ziel sowie die Überwindung patriarchaler Strukturen innerhalb der PDS, die einen innerparteilichen Demokratisierungsprozeß verhindern und nicht mit dem Anspruch einer demokratisch-sozialistischen Partei übereinstimmen. Feministische Politik in diesem Sinne bedeutet mehr als Frauenpolitik oder Feminisierung, da diese letztlich im patriarchalen Rahmen verbleiben. Die Vorstellung, daß die "Frauenfrage" gelöst ist, wenn Frauen erwerbstätig sind, Kindergartenplätze zur Verfügung stehen und der §218 auch abgeschafft ist, läßt sich gegenteilig am Beispiel DDR belegen.

Deshalb ist positiv anzumerken, daß der Parteivorstand in die politische Planung der PDS ausdrücklich feministische Positionen einbezieht und eine Frauenkonferenz im November 1995 plant. Dies ist auch unabdingbar für die programmatische Entwicklung einer linken emanzipatorischen sozialistischen Partei. Notwendig ist diese Diskussion allerdings auch innerhalb der Basis, denn ohne Verankerung in den Landesverbänden, Gremien usw. der PDS steht die Befürchtung an, daß es doch "ohne Frau" geht - zumindest auf der Ebene der Politik, wo die Benachteiligung der Frau immer am deutlichsten wird — der Machtebene. In diesem Sinne: lieber gleichberechtigt als später.



reto: Argum